

## Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Februar 1923

13 Dokumente, 69 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum Februar 1923.

Die Texte der Dokumentation beziehen sich damit auf eine Zeit, in der Josef Frey zwar noch eine tragende Rolle in der KPÖ spielte. Gleichzeitig aber begann - und auch davon legen einige der Texte Zeugnis ab - bereits die massive parteiinterne Kritik an Josef Frey. Wenig später, am 6. Reichsparteitag der KPÖ (ab 3. März 1923), entlud sich diese Stimmung: Am Parteitag erreichte eine heterogenen Gruppe um Franz Koritschoner und Karl Tomann eine Mehrheit; die Strömung um Josef Frey verlor ihre bisherige Majorität – Josef Frey wurde nicht einmal mehr in den Parteivorstand gewählt.

Zu den hier versammelten Dokumenten gehört auch ein längeres, 37-seitiges Schreiben der damaligen Mehrheit des Parteivorstands (Nr. 3 unserer Zusammenstellung). Dieser von Josef Frey, Paul Friedländer, Willi Schlamm, Viktor Stern, Franz Richter und Fritz Gruber unterzeichneten Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale stellt einen zusammenfassenden Bericht der Parteivorstandsmehrheit über die Differenzen in der KPÖ dar und ist daher von besonderer Bedeutung.

Manfred Scharinger, 3.6.2026

### KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Februar 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Josef Frey, Paul Friedländer, Willi Schlamm, Viktor Stern, Franz Richter, Fritz Gruber	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	1.2.1923	2
2	Sekretariat der KPÖ (unterzeichnet Josef Frey, Paul Friedländer, Willi Schlamm, Viktor Stern, Franz Richter, Fritz Gruber)	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	1.2.1923	2
3	Josef Frey, Paul Friedländer, Willi Schlamm, Viktor Stern, Franz Richter und Fritz Gruber	Brief an die Exekutive der Kommunistischen Internationale	2.2.1923	37
4	Organ. Reichssekretariat der KPÖ, Fritz Gruber	Organisatorisches Rundschreiben Nr.14 an alle Lokalorganisationen und Landesleitungen	3.2.1923	2
5	Ludwig Pelz	Zentralleitungsbefehl Nr. 1 der J.O. für den 2. Abschnitt, und Abschnittsbefehl	3.2.1923	2

	[Abschnittskommando KPÖ]	Nr. 2 an das Kreiskommando mit Aufmarschplan		
6	Ludwig Pelz [Abschnittskommando KPÖ]	Zentralleitungsbefehl Nr. 1 der J.O. für den 2. Abschnitt, und Abschnittsbefehl Nr. 2 an das Kreiskommando mit Aufmarschplan [handschriftliche Version]	3.2.1923	4
7	KPÖ Lokalorganisation Hernalts, Carl Mayer	Mitteilung an Josef Frey, parteiintern zu behandeln	8.2.1923	1
8	KPÖ-Reichssekretär für Organisation, Fritz Gruber	Organisatorisches Rundschreiben Nr.15 an alle Lokalorganisationen und Landesleitungen	14.2.1923	1
9	A. Albrecht, Vertrauensmann der Exekutive der Komintern	Brief an den Parteivorstand der KPÖ	15.2.1923	1
10	Lokalorganisation Linz der KPÖ (für den Lokalausschuss Linz, Obmann Richard Pschierer, Schriftführer Karl Wernbacher	Brief an den Parteivorstand der KPÖ	16.2.1923	1
11	KPÖ-Reichssekretär für Organisation, Fritz Gruber	Organisatorisches Rundschreiben Nr.16 an alle Lokalorganisationen und Landesleitungen	17.2.1923	2
12	Karl Tomann	Brief an Leo Maresch [zeitgenössische Abschrift]	19.2.1923 [Poststempel]	11
13	KPÖ-Parteivorstand	Aufruf „An das Österreichische Proletariat“	o.D. [ca. Februar 1923]	3
				<b>69</b>

Wien, am 1. II. 1923.

an die Exekutive der Kommunistischen Internationale

Moskau.

Genossen,

Vom Parteivorstand durch Beschluss vom 1. II. hierzu ermächtigt, legen wir Euch als Mehrheit im Parteivorstand folgendes geschrieben vor

Zum Kom.-Intern Brief, Nr. 100 vom 22. I. stellen wir fest, dass der P.V. von dem Berichte des Gen. Koritschoner nichts wusste und dass, wie aus dem Einleitenden <sup>des Briefes</sup> Worten des Exekutive-"Auf Grund der nachfolgenden Dokumente"-hervorgeht, die Entscheidung eben nur auf Grund dieser Dokumente, also auch auf Grund des Briefes des Gen. Koritschoner erfolgt ist. Gen. Koritschoner gibt selbst zu, dass er in diesem Briefe nur seine persönliche Meinung vertreten hat. Nach der Auffassung der unterfertigten Mehrheit des P.V. war die Berichterstattung Koritschoner, der zugleich der offizielle Berichtersteller der Partei an das E.K. war, einseitig und unzulänglich. Wir haben die Überzeugung, dass er alle anderen entscheidenden Streitpunkte entweder gar nicht oder ungenügend behandelt hat und dass er selbst, was die Gewerkschaftsfrage betrifft, die wichtigen Differenzen nicht oder nicht genügend herausgearbeitet hat.

Wir sind auch der festen Überzeugung, dass auch das E.K. diesen Privatbrief nur als eine solche einseitige und unzulängliche Darstellung gewürdigt hat und glauben das auch aus der Einleitung Eures Schreibens zu entnehmen. Wir stimmen auch Eurer Entscheidung in den berührten Fragen vollinhaltlich und rückhaltlos zu, aber wir halten es auch für

1921.11.1

notwendig, dass in all den andern Fragen und schwerwiegenden Differenzenpunkten Ihre Entscheidung erfolgt, über die Ihr noch nicht informiert seid.

Der P. V. hat durch Beschluss vom 1.11. die offizielle Korrespondenz mit der K.P. dem Gen. Viktor Stern übertragen.

Die Mehrheit des P.V. anerkennt die vorläufige Entscheidung der Exekutive und wird sie unverzüglich durchführen.

Die Mehrheit des P.V. und die Minderheit des P.V. werden in aller kürzester Zeit dem E.K. je einen ausführlichen Bericht vorlegen.

Wir ersuchen die Exekutive sodann zu entscheiden und werden uns selbstverständlich, <sup>auch dieser Entscheidung</sup> wie immer diese Entscheidung ausfallen möge, ihr unbedingt fügen.

Wir richten im Interesse der K.P. Oest. an die Exekutive das dringendste Ersuchen, diese Entscheidung unbedingt vor unserem Parteitag, der am 3. März beginnt, herabzulegen zu lassen.

Wir begrüßen den Beschluss der Exekutive, die österreichische Frage in der nächsten erweiterten Exekutivsitung aufzurufen.

Mit kommunistischen Grüssen

Paul Friedländer

Willy Hoffmann

Walter Herr

Wang Richter  
Günther Fritz





An die

Exekutive der Kommunistischen Internationale

Werte Genossen!

**Bericht der Parteivorstandsmehrheit über die Differenzen in der K.P.G.**

1) Folgender Brief der Parteivorstandsmehrheit ist heute, am 8. Februar, an die Exekutive abgegangen:

Werte Genossen!

Vom Parteivorstand durch Beschluss vom 1. Februar hierzu ermächtigt, legen wir nach als Parteivorstandsmehrheit folgendes dar:

Zum Kom.-Intern. Brief Nr. 100, vom 27. I. stimmen wir dazu, dass die Parteivorstandsmehrheit von dem Berichte des Gen. Koritschoner nicht nur Kenntnis hat, die aus dem einleitenden Worten <sup>des Briefes</sup> der Exekutive - „Auf Grund der Beantwortung des Dokuments“ - hervorgeht, die Entscheidung <sup>eben</sup> nur auf Grund eines Dokuments, also schon auf Grund des Briefes des Gen. Koritschoner selbst, ist. Gen. Koritschoner gibt selbst an, dass er in seinem Briefe nur seine persönliche Auffassung vertreten hat. Dass der Auftrag an die ungarfertige P.V.-Mehrheit war die Berichterstatterung Koritschoners, der zugleich die offizielle Basisform der Partei an den I.K. war, einseitig und unzulänglich. Mit dieser Entscheidung zeigen wir, dass er die zentralen entscheidenden Streitpunkte nicht nur nicht nur angedeutet behandelt hat und dass er meint, dass die ungarfertige Mehrheit betrieft, die wichtigsten Differenzen nicht oder nicht genügend bearbeitet hat.

Wir sind auch der festen Überzeugung, dass auch das K.F. diesen  
 Pri-  
 vatbrief nur als eine solche einseitige und unzulängliche Darstellung,  
 geteilt hat und glauben, dass auch aus der Einleitung dieses Schreibens  
 zu entnehmen. Wir stimmen auch jeder Entscheidung, in den überlieferten Fragen  
 vollinhaltlich und rückhaltlos zu. Aber wir halten es auch für notwendig  
 dass in all den anderen Fragen und schwerwiegenden Differenzpunkten  
 Ihre Entscheidung erfolgt, über die wir noch nicht informiert sind.

Der Parteivorstand hat durch Beschluss vom 1. II. die offizielle  
 Korrespondenz mit der K.I. dem Gen. Viktor Stern überlassen.

Die Mehrheit des Parteivorstandes anerkennt die vorläufige Ent-  
 scheidung der Exekutive und wird sie unverzüglich ausführen.

Die Mehrheit des Parteivorstandes und die Minderheit des Parteivor-  
 standes werden in nächster Zeit dem K.F. je einen ungesicherten  
 Bericht vorlegen.

Wir sind auch der Überzeugung, dass die Exekutive der K.I. die  
 Entscheidung, die immer die Exekutive ausfallen sollte, ihr unbedingt liegen.

Einrichten im Interesse der K.F.Öst. an die Exekutive der K.I.  
 gänge machen, nicht disziplinär unabhängig von unserer K.I. als die  
an ihre Praxis, her blenden zu lassen.

Wir bitten um Beschluss der Exekutive, die in nächster  
 Frage in der nächsten Sitzung der Exekutive, durchzuführen.

Mit kommunistischen Grüßen.

Josef Frey, Paul Friedländer, Willy Landauer.

Viktor Stern, Franz Richter, Grasse Fritz.

B) Nochmals wiederholen wir eingangs unsere B. richtig: die immer die  
 Exekutive der K.I. in dieser und welcher anderen Frage entschieden zu lassen  
 wir, die P.V.-Minderheit, bedauerlich Entscheidung der Exekutive und ihnen  
 und auszuführen.

C) Die Überzeugung, dass im P.V. latent seelische und zwar wichtige prinzi-  
 pielle Differenzen vorhanden seien, hatten wir schon

lange. Führbar und ausserordentlich hinderlich waren diese Differenzen von dem Zeitpunkte ab, als die Partei nach dreijähriger agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit endlich wieder dazu überging, sich auch selbständig als Partei an die Massenaktionen heranzuwagen.

### I. Die Aktion gegen den Genfer Vertrag

Die Kampagne gegen den Genfer Vertrag haben wir von langer Hand eingeleitet und durchgeführt nach den Regeln der Einheitsfronttaktik. Wir waren aber von vornherein entschlossen, wenn die Sozialdemokratie den Kampf in einheitlicher Front im entscheidenden Augenblick ablehnt, dann schreiten wir diesmal selbstständig als Partei zur Aktion ~~XX~~.

Um eines vorweg zu nehmen. Nachträglich versuchten die Genossen Tomann und Koritschoner auszustellen, die Partei hätte durch sie nur die Frage der Massensteuern und des Verfassungsbruches in den vorderen Brennpunkt des Kampfes gestellt, dagegen die vorzuziehendere eigentliche Wirkung des Genfer Vertrages, nämlich Arbeitslosigkeit und Lohnabbau, ganz vernachlässigt. Es ist eigentümlich, dass den Genossen Tomann und Koritschoner dieser Gedanke erst heute, nach 4 Monaten, kommt. Sie sind noch beide im Parteivorstand und im politischen Büro. Warum haben sie damals nicht einfach entsprechende Anträge gestellt?

Aber was ist die Wahrheit? Hier die Tatsachen.

1. Die Rathhausversammlung am 12. Oktober bildet den eigentlichen Auftakt zu dieser Aktion. Damals hat Gen. F r e y als erster Hauptredner der Partei gerade die Frage der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaues in den Brennpunkt der Aktion gestellt. (siehe Rote Fahne v. 13. Oktober v. J., Beilage 1)

2. Immer wieder wurde auf diesen Punkt hingewiesen und schliesslich wurden der Aktion folgende Losungen gegeben:

Gegen den Sklavenvertrag !

Gegen den Pfaffenraubplan !

Gegen die Aushungerung des Proletariats durch Steuern, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit !

Brot und Arbeit den Arbeitslosen !

Gegen die Ausschaltung der Massen von der Gesetzgebung und Verwaltung, gegen den neuen § 14 !

Für die Sanierung auf Kosten der Besitzenden !

(siehe R.F. v. 24. Oktober, Beilage B.)

Das ist die Wahrheit. In Bezug auf die Losungen und die ganze Art der Führung, der Kampagne hat es gar keine Differenzen gegeben.

Wie die offizielle Differenz im Parteivorstand ergab sich am Donnerstag, den 24. November abends. Wir hatten uns schliesslich geeinigt, die Aktion am 25. November durchzuführen. Gen. Frey vertret damals folgende Meinung: „Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, dass wir gegenüber der faktischen Koalition der Sozialdemokratie mit der Sozialdemokratie den Genfer Vertrag <sup>nicht</sup> tatsächlich verhindern können. Unsere selbstständige Aktion am 25. November kann also real genommen nichts anderes sein, als eine Protestaktion und vor allem eine Demaskierungsaktion. Für uns als Partei hat sie diesen Hauptzweck: wir Kommunisten müssen den Massen den Verrat der Sozialdemokratie durch die Aktion in den Kopf hammers und vor allem, wir Kommunisten müssen uns selbst und dem ganzen Proletariat hammersinnfällig beweisen, dass die dreijährige Isolierung der kommunistischen

Partei von den Massen durchbrochen ist. Wir müssen uns und dem Proletariat beweisen, dass die Kommunistische Partei Österreichs den Kontakt mit der Masse endlich gefunden hat, dass wenn die K.P. zur Aktion ruft, nun nicht mehr nur die Kommunisten kommen, sondern darüber hinaus 10.000, 20.000 und noch mehr Proletarier heute schon dem Ruf der Partei folgen. Diesem taktischen Hauptzweck müssen alle anderen Dinge untergeordnet werden. Daran müssen wir, natürlich soweit es in unserer Macht steht, dafür sorgen, dass ein blutiger Zusammenstoß mit der danach lauernden Polizei und den danach noch begierigeren Faschisten vermieden werde. Nur wenn die Masse sieht, die K.P. hat ernstlich alles getan, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, nur dann werden wir politischen keinen Schaden erleiden, selbst, wenn es wirklich zum Zusammenstoß kommt. Anderswärts wird über ein Zusammenstoß unvermeidlich die sich unmerklich allmählich nähernden Massen wieder auf einige Monate von uns entfernen. Aber wir müssen an die Massen herankommen! Das ist jetzt die Hauptsache. "

Nun hat die Polizei die Demonstration, die die Legitimisten am 18. November vor dem Parlament halten wollten, verboten und die entgegenkommenden Legitimisten verhaftet. Es ist klar, dass das nur ein Trick ist, um gegen die Kommunistische Partei vorzugehen, denn wir die Demonstration vor dem Parlament abhalten wollten. Vor dem Rathaus können wir die Demonstration nur abhalten, wenn wir den Saal bekommen. (Zur Zeit der Sitzung des Parlaments sind innerhalb der Bauschleife Versammlungen unter freiem Himmel verboten.). Den Saal haben uns die Rathhaussozialisten vor der Hand versprochen. Bleibt nur die Votivkirche. Dort aber ist kein Saal. Also wäre es auch juristisch eine Versammlung unter freiem Himmel. Die Polizei

hätte die Möglichkeit, uns das zu verbieten und wir müssten, wenn wir einen bewaffneten Konflikt nicht wollen, vor aller Öffentlichkeit zurückweichen. Unter solchen Umständen halte ich es - sagte Gen. Frey - für klüger, wir weichen von vornherein aus und machen den Massenaufmarsch angelehnt an Weigels Saal, um von dort aus dann am Parlament vorbeizumarschieren. Eine Demonstration in dieser Form wird zweifellos sogar einen Teil unserer Genossen verschlucken, und das ist gewiss ein Nachteil, aber in der Hauptsache erreichen wir doch, das was wir wollen, nämlich, dass sinfällig vor die Augen tritt, dass die K.P. nicht mehr isoliert ist,

[REDACTED]

[REDACTED]. Dagegen vertraten die Genossen Gruber, Genossin Strecker, und die ehemalige C. Genossin K. (die Gen. Stern und Friedländer waren damals in Lockau bis Kon. 1933) auf das schärfste eine andere Meinung, nämlich dieser die Demonstration müsse vor der Votivkirche gemacht werden, welches immer die Folgen seien, denn unsere eigenen Mitglieder würden ein so starkes Ausweichen nicht vertragen.

Die Meinungen platzten auf das heftigste gegeneinander, schließlich standen einander die Auffassung des Gen. Frey und die Auffassung der Gen. Gruber, Strecker, Kalischer schroff gegenüber. Die Entscheidung musste unverzüglich getroffen werden. Es war der letzte Augenblick, um die <sup>Flügelzeit</sup> Plakate noch rechtzeitig in Druck geben zu können und so wurde schließlich gegen 7 Uhr abends zur Abstimmung geschritten. Mitten drin, nicht einmal eine halbe Stunde vor der entscheidenden Abstimmung verschwand Koritschoner, ohne

ein Wort zu sagen und hinter ihn huschte, ohne ein Wort zu sagen, Tomann davon und so überliessen sie es nun uns vierem die so verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen.

Heute, nachdem die Sache vorüber ist, ist leicht zu reden. Damals hatten wir alle das Gefühl, eine schwere, verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen und die innere Überzeugung, dass sich Koritschoner und Tomann bewusst der entscheidenden Abstimmung entzogen haben. (Wenn sie heute nachträglich mit der Ausrede kommen, sie hätten zu Versammlungen gehen müssen, so hatte die halbe Minute sie wehrhaftig daran nicht gehindert. Das sind glatte Ausreden!)

Dieses Sichentziehen, Kampff knupp vor der entscheidenden Abstimmung über die Aktion hat uns auf uns ausserordentlich <sup>zu</sup> ~~zu~~ gewirkt und in uns das Gefühl verstärkt; dahinter stecken rechtliche Mängel, vornehmlich dieser. (Der Verständlichkeit halber: wir haben die Aktion nicht bei der Votivkirene gemacht, das Parlament unterbrach von vornherein seine Tagung aus einem Anlass, der die Sozialdemokraten sehr geschickt fanden, Leichensachen eine Abgeordneten. Und so war dann unsere Aktion juristisch zwar eine Versammlung unter freiem Himmel aber ausserhalb der Tagung des Parlaments. Dieser Umstand und die strenge Anweisung der Parteileitung haben bewirkt, dass die Aktion glänzend und mit beachtendem Erfolge für die Partei verlief.)

-----

Die Aktion gegen den Genfer Vertrag war schon lange vorüber, da erfuhren wir nachträglich folgende Tatsache:

Eine Gruppe ~~kom~~unistisch eingestellter Jugendlicher des Kommunistischen Verbandes hatten den Plan gehabt, der Aktion

*Angewand*

gegen den Genfer Vertrag ohne Wissen der Parteileitung eine andere Tendenz zu geben. Durch einen Flankenstoss sollte mit voller Bestimmtheit ein Zusammenstoss mit der Polizei herbeigeführt und so die Aktion über sich selbst hinausgetrieben werden, um die Gegensätze zu verschärfen und die Revolution zu beschleunigen. Nach Auffassung der Jugendlichen nämlich.

Diese jungen Genossen, die es sicher sehr gut meinten mit der Partei, gingen nun zum Gen. Koritschäger, mit dem sie sehr befreundet sind, trugen ihm ihre Pläne vor und fragten, ihn nach seiner Meinung. Koritschoner hat nicht mit ja geantwortet. Aber er hat auch nicht mit nein geantwortet, sondern er sagte ihnen - der genaue Wortlaut ist uns nicht bekannt - dem Sinne nach: darüber lässt sich reden.

Die jungen Genossen haben ihre Absichten schließlich doch nicht vollzogen. Der Parteivorstand, der mit Bestimmtheit mit faschistischen Flankenstößen rechnete, hatte darauf strenge Weisungen an die Kommunisten gegeben, dass die jungen Genossen fürchten müssten, von den Kommunisten selbst sehr unheimlich gepöckelt zu werden.

Nicht den jungen Genossen machen wir Vorwürfe. Wohl aber müssen wir das Verhalten Koritschoners auf die schärfste verurteilen. Es war keine Pflicht, den jungen Genossen ein kategorisches Nein zu sagen und vor allem war es seine Pflicht, unverzüglich den Parteivorstand zu veranlassen, dass auch aus den eigenen Reihen ein Flankenstoss erfolgen könne.

Dieses Verhalten Koritschoners hat uns ausserordentlich bestränkt, dass es zwischen ihm und uns ernste politische Differenzen gibt.

## II. Die Aktion der Partei zur Unterstützung der Arbeitslosen- aktion.

Nach der Genfer Aktion trat eine kurze Zeit Entspannung ein. Und da Gen. Frey wochenlang überanstrengt gearbeitet hatte, gab ihm der Parteivorstand einige Tage Erholungsurlaub. Es war nur die Arbeitslosenbewegung im Gange und da wurde dem Parteivorstand, noch in Anwesenheit Frey beschlossen, die Arbeitslosenbewegung noch 14 Tage hinauszuziehen und sie dann nach gründlicher Vorarbeit in eine Aktion ausmünden zu lassen.

Am 3. Dezember erschien nun in der R.F. (Beilage) ein aufrufartig gehaltenes Spitzenartikel. Darin heisst es im Titel:

„Die Arbeitslosen von der Gewerkschaftskommission in Stich gelassen. Auf zur Massenaktion der Gesamtbevölkerung!“

Das nun <sup>9</sup>virte in Rede des Gen. Polzer, das damals in Filippine der Arbeitslosen (er ist ein Kommunist) wiedergegeben, worin es im Schlussabsatz wörtlich heisst:

„Nicht die Geldunterstützung der Betriebsarbeiter, die selbst zu wenig Lohn beziehen, kann uns helfen, sondern nur der Kampf mit allen und den letzten Mitteln...“

Diese zugespitzte Wendung zum „Kampf mit allen und den letzten Mitteln“ ist dadurch in das Blatt gekommen, weil Gen. Tomson unvorsichtigerweise dem jungen, wenig erfahrenen Berichterstatter über die Konferenz der revolutionären Branchenkomitees, wo Gen. Polzer jene Rede gehalten, nur ungefähre Andeutungen gab, statt ihm eine genaue Weisung zu geben, was in die R.F. zu kommen hat. Aber nicht darum geht der Streit.

*Freitag*

In der Parteivorstandssitzung am 8. Dezember (Gen. Frey war Donnerstagabend vom Urlaub eingedrückt) kam es über das Verhalten mehrerer Parteivorstandsmitglieder, nämlich der Gen. Tomann, Koritschoner, Riess, zur Arbeitslosenaktion, zu ernststen Auseinandersetzungen. Gen. Frey legte schliesslich folgende Resolution vor, aus welcher klar zu erkennen ist, um welche Fragen es sich da gehandelt hat:

1.) Der Kampf der Arbeitslosen ist von ausserordentlicher Bedeutung. Die Partei darf sich bei diesem Kampf nicht hinter den Schild des Zentralarbeitslosenausschusses noch hinter den Schild des Gewerkschaftsrates der revolutionären Blöcke stellen, sondern sie muss ihr eigenes, wahres Gesicht zeigen. Die Partei muss vollkommen offen ihr ganzes Gewicht als Partei für die Arbeitslosen in die allgemeine Bewegung einbringen.

Der P.V. muss einen von ihm gekennzeichneten Aufruf an das Gesamtproletariat, die Kommunisten, die Sympathisierenden und an alle revolutionären Arbeiter zur Teilnahme und ausserdem Unterstützung, an der in Zukunft befindlichen Aktion der Arbeitslosen auffordern.

2.) In diesem Aufruf muss aber andererseits vollkommen offen, in einer zweckdienlichen Weise betont werden, dass eine Aktion, die den Charakter einer Demonstration überschreitet, in der gegenwärtigen Situation der lauernden Reaktion die gewünschte Gelegenheit bieten würde, nicht nur die Arbeitslosen blutig niederzuwerfen, sondern sich auch der revolutionären Partei des Proletariats, der kommunistischen Partei, für längere Zeit zu entledigen. Die Position der Sozialdemokraten und dadurch die Position der Bourgeoisie würde wesentlich gestärkt, die revolutionäre Partei und dadurch die Revolution würden für längere Zeit zurückgeworfen werden. Und dieses Opfer wäre erbracht, ohne damit den Arbeitslosen zu nützen, geschweige denn dem Gesamtproletariat.

Im besten Falle würde die Bourgeoisie nach der blutigen Niederwerfung der Arbeitslosen einige Brocken hinwerfen, um desto sicherer die revolutionäre Partei schlagen zu können und selbst die Brocken waren dann im Bewusstsein der Massen erzielt von der Sozialdemokratie, da wir gar nicht die Möglichkeit hätten, den Massen den wahren Zusammenhang klarzulegen.

Die Partei muss daher zunächst einmal politisch und durch Aufrufe und darüber hinaus zu gleicher Zeit auch organisatorisch durch sonstige Vorkehrungen mit äusserster Kraft dafür Sorge tragen, dass die Aktion der Arbeitslosen eine mächtige Demonstration werde, die durch <sup>die</sup> ~~die~~ <sup>die</sup> ~~die~~ Massen, die ~~die~~ <sup>die</sup> auf die Strasse bringt, wirkt, darüber hinaus aber durch keine anderen Mittel.

Der in der Sonntagsnummer am 3. Dezember veröffentlichte Spitzelbericht über die scharfste der bisherigen Taktik der Partei.

Die Aufforderung zu einem Kampf „mit allen und den letzten Mitteln“ kann nur durch den Parteivorstand beschlossen werden.

Eine solche Aufforderung zu einem Kampf „mit allen und den letzten Mitteln“ darf nur über ausdrücklichen Beschluss des Parteivorstandes in irgendeiner der Parteiblätter aufgenommen werden.

Der Parteivorstand stellt fest, dass in der gegenwertigen Situation ein Aufruf der Partei, ein Kampf „mit allen und den letzten Mitteln“ nur in Betracht kommt, wenn die Reaktion in vollkommen un-  
zweideutigen Weise zur gewaltsamen Niederwerfung des Proletariats einsetzt.

3.) Schliesslich stellt der Parteivorstand fest: der Kampf der Arbeitslosen ist eine politische Aktion. Politische Aktionen, ja überhaupt Aktionen mit politischem Einschlag können in einer kommunistischen

Partei nicht beschlossen werden von einer Abteilung der Partei, sei es nun die Gewerkschaftsabteilung, die Soldatenabteilung, die Frauenabteilung, die Bildungsabteilung, die technische Abteilung usw., sondern sie können beschlossen und geleitet werden nur vom Parteivorstand und soweit dieser nicht versammelt ist, vom politischen Büro. Es ist vollkommen ausgeschlossen und ist eine der schwersten Verletzungen des zentralistischen Organisationsprinzips der Kommunistischen Partei, dass eine Abteilung der Partei, sei es welche immer, ohne Zustimmung der Parteizentrale auf eigene Faust eine politische Massenaktion beschliesst, einleitet und führt.

So oder so, der Parteivorstand trägt da vor der Partei und vor der proletarischen Öffentlichkeit die Verantwortung für eine politische Aktion, die der Parteivorstand gar nicht beschlossen hat. Die Partei kann nicht zwei Zentren haben: die Gewerkschaftsabteilung und den Parteivorstand. Die Zentrale der Partei ist der Parteivorstand, alle anderen zentralen Organe der Partei sind Hilfsorgane des Parteivorstandes und diesem untergeordnet. "

Wir betonen ausdrücklich: nicht darum handelt es sich, was Tosson und Keritschoner nachträglich als Differenzpunkt angaben, dass nämlich die Aktion um eine Woche früher gemacht wurde. Gewiss, die Parteivorstandsmehrheit wollte eine geänderte Vorbereitung der Arbeitslosenaktion und daraus wünschten wir die Aktion noch um eine Woche später. Aber wir verschlossen uns nicht der Tatsache, dass schließlich endlich die kommunistische Fraktion im Arbeitslosenkomitee nicht standhalten konnte, weil die sozialdemokratischen Mitglieder schon zu sehr drängten und ein Teil der kommunistischen Mitglieder unzufrieden war. Wir stellten also ohne weiteres zu, dass die Demonstration um eine Woche früher stattfindet.

Sondern daraus handelt es sich, dass die Partei nicht ihr Gesicht verbergt, dass sie vollkommen offen sich hinter die Arbeitslosenaktion stellen muss.

Und vor allem handelt es sich um folgende Frage: Eine solche Aktion, wie sie durch den aufrufartig gehaltenen Spitzenartikel in der R.F. v. 3. Dezember eingeleitet wurde, eine solche Aktion kann nur beschlossen, eingeleitet und geführt werden vom Parteivorstand, bzw. vom politischen Büro. Es ist ganz unmöglich, dass irgendwelche beliebige Mitglieder des Parteivorstandes, und seien sie auch Mitglieder der kommunistischen Fraktion im Gewerkschaftsrat, die Macht zugestanden werden könnte, ohne Wissen des Parteivorstandes, ohne Wissen des politischen Büros, über den Kopf der Parteilinien, eine Aktion von solcher Konsequenz zu initiieren. Dabei ist zu bedenken, dass die Aktion in der Öffentlichkeit vorliegt und die Partei in der Öffentlichkeit als internationale und dem Proletariat. Das war eine eklatante Eigenmächtigkeit der Gen. Forman, Keritschoner und Riess. Aber es war mehr. Es war der Versuch dieser drei Parteivorstandesmitglieder, die kommunistische Fraktion im Gewerkschaftsrat als selbstständiges Aktionszentrum neben dem Parteivorstand in der Partei zu etablieren.

Darüber sollte Klarheit geschaffen werden, unter allen Umständen. Nicht wegen der Arbeitslosenaktion, denn da stimmen wir materiell vollkommen überein. Aber für alle <sup>künftigen</sup> Fälle ~~in denen~~ musste diese Frage geklärt werden. Denn in der kommunistischen Partei, kann es nicht zwei Aktionszentren geben, den Parteivorstand und die Gewerkschaftsabteilung, den Parteivorstand und die kommunistische Fraktion im Gewerkschaftsrat, den Parteivorstand und die in den

kommunistischen Gewerkschaftsratfraktionen vertretenen Parteivorstandsmitglieder. Das wäre für jede künftige Aktion eine ernste Gefahr.

Der vorhin wörtlich angeführte Antrag des Gen. Frey vom 5. Dezember hat diese Frage scharf formuliert. In der Debatte über diesen Antrag verhielten sich Tomann und Koritschoner sehr ausweichend. Stellten die Sache so dar, als sei die Differenz *auf* der Terrainfrage entstanden, die in Wirklichkeit gar nicht strittig war. Riess wieder suchte die ganze Streitfrage zu verkleinern.

Schliesslich kam es zur Abstimmung. Alle stimmten für den Antrag des Gen. Frey (auch die rechtsingestellte Genossin Ströber, die sonst immer gegen uns stimmte und es mit Tomann und Koritschoner hielt, stimmte damals für den Antrag Frey). Riess stimmte dagegen (aus offener Unklarheit).

Und was ist das Tomann und Koritschoner? Nun - ein natürliches Bedürfnis ist es, dass wir starkere und vollere in der Sache hinter diesen Stimmengültigkeiten ~~stärkeren Meinungen symbolisch machen.~~ Und vor allem ~~ist es eine sehr wichtige Sache, dass wir eine~~ ~~Stellung~~

Soll Tomann und Koritschoner für den Antrag Frey vom 5. Dezember gestimmt hätten: „nicht zwei Aktionszentren in einer Partei, sondern ein Zentrum“, so wäre die Gewerkschaftsfrage von uns nicht aufgelöst worden. Aber, da sie sich der Stimme enthielten, trotzdem sie mindestens zehnmal aufgefordert wurden, klar ihre Stellung zu präzisieren zu der Frage: zwei Aktionszentren oder eines, da sie trotz wiederholt aufgefordert nicht stimmten, das hat uns stungslosig so dar Überwindung gebracht, dass Koritschoner und vor allem Tomann mit der Gewerkschaftsarbeit gewisse Zwecke verfolgen, über die unter uns keine Klarheit herrscht

und eben darum Klarheit geschaffen werden muss. So führte diese ihre Stimmeneenthaltung in der Frage: ein Aktionszentrum oder zwei zwangs-  
läufig zur Aufrollung der Gewerkschaftsfrage.

Und noch ein zweiter, wenn auch weniger wichtiger Umstand, der beinahe gleichzeitig zu Tage trat, zwang uns die Gewerkschaftsfrage aufzurollen. Auf einmal nämlich begann die Gewerkschaftsabteilung, die bisher lässig betriebene Sammlungen für den gewerkschaftlichen Kampffond auf das Äusserste zu forcieren. Zu gleicher Zeit sahen wir, wie der Zufluss der Sammlungen für die Parteifonds bedeutend abnahm. Im Zusammenhange mit der Tendenz, die Gewerkschaftsabteilung als selbstständiges Aktionszentrum zu etablieren, erschien uns diese forcierte Sammelthätigkeit als ein Versuch der Gewerkschaftsabteilung, sich hinter die Firma Gewerkschafterrat der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung vorstecken, faktisch auch als finanziell selbstständiges Zentrum innerhalb der Partei zu etablieren. (Diese Tendenz war zweifellos vorhanden, heute haben wir dafür sogar einen Beweis: In der Mitgliederversammlung der Lokalorganisation Meiningen, am 31. Januar hat einer der Führer der Strassenbahner, der Kommunist Litzien, erklärt: „Tomann ist damals zu mir gekommen und sagte mir: 'Macht Sammlungen für den Gewerkschafterrat,' worauf ich ihm sagte: wir sammeln, die Hälfte geben wir Euch, die Hälfte geben wir der Partei. Tomann sagte darauf: 'Der Pressfond der Partei hat genug, gebt alles dem Gewerkschafterrat.' ". Litzien hat dennoch immer die Hälfte der Partei, die Hälfte des Gewerkschafterrat gegeben. Aber es geht daraus hervor, dass Tomann vollkommen bewusst eine finanzielle Stärkung des Gewerkschaftsrates wollte, auf Kosten der Partei, auf Kosten derselben Partei, die so schwer finanziell mit sich zu ringen hat und dabei faktisch

die ganzen Personalkosten und einen grossen Teil der materiellen Kosten der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung trägt.

### III. Die Gewerkschaftsfrage.

#### a) Der Beschluss des Parteivorstandes vom 15. Dezember.

Um zunächst einmal Klarheit in diese finanziellen Fragen zu bringen, stellt Gen. Frey in der Parteivorstandssitzung am 15. Dez. folgenden Antrag:

- a) „abrechnungen bei Parteiveranstaltungen durch den Parteivorstand, die Gewerkschaftsabteilung, die Soldatengruppe, Frauengruppe, Kochengruppe etc., die Landesorganisationen, Lokalorganisationen, Betriebs- und Branchenfractionen, Komitees, etc. gehören der Partei.

Für Sammlung an der Oppositionsblocks fließen in den Rezipienten des Gewerkschaftsrates. Die Kommunisten innerhalb der Oppositionsblocks sind jedoch verpflichtet, die Verrechnung dieses Geldes im Sinne der Partei anzustreben.

Bei Anstellungen hat die Kommunistische Fraktion innerhalb der Oppositionsblocks durch die Gewerkschaftsabteilung dem Parteivorstande Vorschläge zu unterbreiten.

- b) Die regelmässige Verwaltung der gesamten Gelder des Gewerkschaftsrates erfolgt durch den Kassier des Gewerkschaftsrates. Die gesamten Gelder des Gewerkschaftsrates sind in Verwahrung und Verwaltung des Reichskassiers (Reichskassierin), der (die) darüber ein ganz separates Konto führt. (Parteiintern)
- c) Aus den Geldern des Gewerkschaftsrates dürfen ohne Zustimmung des Parteivorstandes keine personellen Posten gedeckt werden. Die Gelder des Gewerkschaftsrates dürfen ausserdem nur verwendet werden zur Deckung von Hauptkosten, dagegen nicht verwendet werden zur Deckung

von Kanzlei- Agitations- und Propagandakosten, wenn nicht vorher die Zustimmung des Parteivorstandes hierzu eingeholt wurde. Sämtliche Personal- und Kanzleikosten, alle Reisespesen und Diäten in Wien und der Provinz trägt für alle Abteilungen der Partei die Reichskassa.

- d) Die Kontrolle über die gesamte Kassagebarung und die gesamten Gelder des Gewerkschaftsrates übt die Reichsrevisionskommission aus. (Partei-intern)
- e) Leitender Grundsatz bei allen Sammlungen muss sein in erster Linie die Finanzen der Partei zu stärken. Andererseits stellt der Parteivorstand fest, dass bei der gegenwärtigen Wichtigkeit der Gewerkschaftsarbeit ein der finanziellen Lage der Partei entsprechender Teil der finanziellen Kraft der Partei der Gewerkschaftsbewegung zugewendet werden muss. "

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Frey gegen die Stimme des Gen. Riese-Tomann, Koritschoner und die Genossen Strömer enthielten sich der Abstimmung. (Diese Stimmhaltung zeigt uns wieder, wie es diese Genossen vermeiden, ihre wahre politische Einstellung klar zu zeigen ).

Werte Genossen ! Wir akzeptieren vollkommen Eure Meinung, dass wir bei diesem Beschlusse am 15. Dezember zu weit gegangen sind. Aber wir selbst haben diese Überzeugung gleich nachher gewonnen und haben daher neue Anträge ausgearbeitet, die darauf berechnet waren, den Beschluss vom 15. Dezember abzuschwächen. Eine gewisse Notwendigkeit freilich, den Antrag vom 15. Dezember zuzuspitzen war da, weil wir anders nicht Klarheit schaffen konnten.

- b) Resolution des Parteivorstandes zum IV. Weltkongress, gefasst am 22. Dezember. (Veröffentlicht in der R.F. v. 24. Dez. Beil. 4)

Die Diskussion über die Gewerkschaftsfrage wurde nach dem 15. Dezember intensiv weitergeführt. Immer klarer zeigte sich Folgendes:

Unter allen Genossen herrschte Übereinstimmung:

- 1.) Daß die Gewerkschaftsarbeit in der gegenwärtigen Zeit diejenige Arbeit ist, mit der wir am raschesten an die Massen herankommen.
- 2.) Daß die Blöcke formell autonom sein müssen, sowohl organisatorisch, als auch taktisch.
- 3.) Dass die Kommunisten sowohl in den Gewerkschaften, als auch in den Blöcke mit ausserordentlich kluger, schmiegsamer, beweglicher Taktik auftreten müssen.
- 4.) Dass die kommunistischen Betriebsfraktionen, Branchenfraktionen, Gewerkschaftsfraktionen einerseits in sich erstrafft werden müssen und dass auch ihre Verbindung untereinander von unten <sup>von</sup> (den kommunistischen Betriebsfraktionen), hinauf bis zur kommunistischen Spitzenfraktion im Gewerkschaftsrat erstrafft werden muss.

Nur bei einem Punkte spie<sup>l</sup>ten sich immer wieder die Meinungen: Welches Verhältnis soll herrschen zwischen der kommunistischen Fraktion im Gewerkschaftsrat und dem Parteivorstand und insbesondere welches Verhältnis soll herrschen zwischen jenen Parteivorstandemitgliedern, die der kommunistischen Fraktion des Gewerkschaftsrates angehören und dem Parteivorstand selbst. Darüber wollten die Genossen Tomann und Koritschoner und Riess nicht mit klarer Sprache hinaus.

Als unsere Delegierten vom Kongress der K.I. und vom Profinternkongress zurückkamen, da nahmen wir ihre Berichte über die Ergebnisse der beiden Kongresse zum Anlass, um eine gewisse Klarheit in der Gewerkschaftsfrage herbeizuführen. Und da ergab sich Folgendes: Alle Genossen

beriefen sich nun auf die Beschlüsse bezüglich der französischen Syndikalisten. So wie man den französischen Syndikalisten entgegenkommen sei, so müsse man auch den österreichischen Arbeitern (das sind aber sozialdemokratisch versuchte Arbeiter!) entgegenkommen. Mehr noch! Die Lockerung des Verhältnisses, die im internationalen Masstab zwischen Komintern und Profintern beschlossen wurde, als Konzession an die französischen Syndikalisten, diese Lockerung müsse nun überall im nationalen Masstabe durchgeführt werden! Diese Meinung vertrat vollkommen klar der Genosse Ketzlig, unser Hauptdelegierter vom Profinternkongress, der dem Parteivorstand den Bericht erstattete, und die Gen. Tosann, Keritschoner und Riese schlossen sich sehr oder wenig an diesen Standpunkte an, ohne ihren wirklichen Standpunkt vollkommen klar herauszuarbeiten.

Das war die Ursache, warum der Parteivorstand in folgender Resolution Stellung nahm zum Profinternkongress. (Siehe insbesondere Absatz 5 der Resolution.) Die Resolution wurde die Genossen über die Beschlüsse sie konnten persönlich nach längerer Debatte mitteilen, dass diese Resolution einstimmig angenommen wurde. Nur Gen. Riese stimmte dagegen, mit der Bemerkung, das sei ein Lapalien.

Der Parteivorstand war sich klar, dass Mitglieder des Parteivorstandes, von Mitgliedern der kommunistischen Fraktion der Gewerkschaften eine solche Auffassung vertreten, wie Ketzlig, die ~~Verhältnisse~~ über die Rückwirkung der Lockerung des Verhältnisses zwischen Komintern und Profintern auf die Verhältnisse zwischen Zentral-~~komitee~~ <sup>versteht</sup> und kommunistische Spitzorganisation im nationalen Masstab, so sind solche falsche Auffassungen bestimmt auch in der Mitgliedschaft vorhanden. Und darum beschloss der Parteivorstand die Resolution zu ver-

öffentlichen, um dadurch das, was in den Thesen des III. Kongresses über die Organisation der Kommunistischen Partei und was in unserem eigenen Parteistatut ~~über~~ über das Verhältnis zwischen Fraktionen und Partei den Kommunisten in Erinnerung zu rufen. Koritschoner hat für die Veröffentlichung gestimmt. Die Genossin Strömer, Tomann und Riess gegen die Veröffentlichung.

Dieser Beschluss, die Resolution zu veröffentlichen und ihre wirkliche Veröffentlichung hat eine Anzahl von Genossen besonders aufgeregt und bildete einen Hauptangriffspunkt gegen uns. Aber gerade diese übertriebene Aufgeregtheit über die Veröffentlichung dieser Resolution - es ist einfach eine Unwahrheit, dass diese Veröffentlichung den Kommunisten die Arbeit in den Betrieben erschwert hätte, diese Behauptungen Tomanns sind pure Demagogie - hat uns zu denken gegeben. Überall, zum Beispiel jetzt in Deutschland werden ganz andere Dinge in der Gewerkschaftsfrage veröffentlicht. *(Selbst dann wenn gewisse Grundsätze notwendig sind)* Und was man nicht mehr sagen kann oder veröffentlichen darf, die kommunistischen Fraktionen unterstützen der Kommunistischen Partei, was jeder in den Statuten unserer Partei lesen kann, man darf man überhaupt nichts mehr reden oder schreiben. Auch diese übertriebene Aufgeregtheit <sup>über</sup> die Veröffentlichung der Resolution hat uns in der Auffassung bestärkt, dass die Genossen in der Gewerkschaftsfrage ernste Abweichungen von unserer Auffassung haben müssen.

In diesem Zusammenhang nun folgende Feststellung: in dem Brief der Komintern Nr. 100 vom 22. Jänner, Absatz 3 heisst es:

„Wenn es wahr wäre, dass Gen. Frey behauptet hätte, die Beziehungen der kommunistischen Fraktionen zu den revolutionären Blocks öffentlich zu behandeln, was uns doch gänzlich ungläubhaft erscheint, so

wurde gesagt werden, dass soetwas selbstverständlich absolut unzulässig ist und die kommunistische Arbeit nur schädigen könnte."

In der Parteivorstandssitzung vom 1. Februar hat Gen. Frey in Gegenwart des Gen. Albrecht und ohne den geringsten Widerspruch der anwesenden Gen. Koritschoner und Tomann und Strücker zu finden, Folgendes festgestellt:

„Ich (Frey) habe niemals davon gesprochen, geschweige denn ge-  
dracht, das Verhältnis der kommunistischen Fraktionen zu den revolutionä-  
ren Blocks öffentlich zu behandeln, sondern richtig ist nur Folgendes:  
Als sich die Differenz schliesslich ergriffte auf die Frage des Ver-  
hältnisses der kommunistischen Spitzenfraktion zum Parteivorstand und  
insbesondere auf das Verhältnis der <sup>der</sup> kommunistischen Spitzenfraktion  
angehörigen Parteivorstandsmitglieder zum Parteivorstand, damals habe  
ich, als die Beschlüsse der Sitzung schliesslich erklärten, dass die  
Spitzenfraktion nicht selbstverständlich auch die ihr angehörigen Par-  
teivorstandsmitglieder dem Parteivorstand untertänigen, dass sie ~~=====~~,  
die Parteivorstandsmehrheit, sich <sup>jedoch</sup> bei der Abstimmung über den dies-  
bezüglichen Antrag Frey <sup>der Stimme</sup> enthalten werden, mit der beigefügten Erklärung,  
weil sie nämlich zu einem Teil der Parteivorstandsmehrheit nicht das ge-  
nügende Vertrauen hätten, dass ein solcher Beschluss von der Mehrheit  
des gegenseitigen Parteivorstandes in einer für die Partei zutraglichen  
Weise gehandhabt werden würde, -damals habe ich (Frey) erklärt: „Genossen,  
teilt zwei Dinge scharf auseinander; wenn ihr zu einem Teil der Partei-  
vorstandsmehrheit kein Vertrauen hat, das ist eure Sache, gebt das in  
einer separaten Erklärung zu Protokoll und dann stimmt prinzipiell mit  
uns dem Beschluss zu, dass ohne Rücksicht auf die Personen in der K.P.  
die Spitzenfraktionen und die ihr angehörigen Parteivorstandsmitglieder

des Parteivorstand unterstehen. Wenn Ihr das aber beides miteinander verknüpft, so erweckt Ihr in uns den Verdacht, dass Eure prinzipielle Zustimmung nicht ehrlich gemeint ist.

Und als die Genossen, obwohl sie mindestens zehnmal aufgefordert wurden die Misstrauenserklärung zu trennen von der prinzipiellen Frage, das nicht tun wollten, da allerdings habe ich gesagt und rufe alle Anwesenden zu zeugen, auch den Gen. Albrecht, in dieser Frage des Verhältnisses zwischen Spitzenfraktion und den ihr angehörigen Parteivorstandmitgliedern einerseits und dem Parteivorstand andererseits muss absolut Klarheit unter uns herrschen. Und wenn Ihr diese Klarheit nicht schaffen wollt, dann zwingt Ihr uns zwangsläufig über diese prinzipielle Frage Klarheit zu schaffen vor den Parteimitgliedern. Wir werden dann, wenn Ihr nicht die beiden Fragen trennt, in der Diskussion in der R.F. auch diese prinzipiellen Fragen behandeln müssen, selbstverständlich in der vorrichtigen Weise."

Davon das Verhältnis der Fraktion zu den Blocks essentiell zu behandeln, davon war auch nicht mit einem Sterbenswörtchen ~~ist~~ die Rede.

c) Die Anträge vom 2. Jänner.

---

In der Parteivorstandssitzung am 2. Jänner kam es nun zur Behandlung der neuen vorliegenden Anträge.

Auf der einen Seite lag vor der Antrag der kommunistischen Fraktion des Gewerkschaftsrates. Wir wollen ihn kurz den Antrag Toenn-Koritschner nennen. Dieser Antrag liegt bei. (Beilage 5)

Auf der anderen Seite lagen die Anträge Frey vor. Auch diese Anträge liegen bei. (Beilage 6)

Das Resultat langwieriger Beratungen war schliesslich eine

Zusammenfassung beider Anträge unter Ausschaltung der Differenzen, wobei in allen Einzelheiten eine fast einstimmige Annahme der einzelnen Punkte zustande kam. Die zusammengefassten Anträge liegen unter dem Titel: „Beschlüsse des Parteivorstandes in Bezug auf die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen der kommunistischen Fraktion im Gewerkschaftsrat und dem Parteivorstand.“ als Beilage 7 bei, die gemäss eines Parteivorstandsbeschlusses als intern zu behandeln sind innerhalb des Parteivorstandes und der kommunistischen Fraktion des Gewerkschaftsrates.

Der Vergleich der zusammengefassten Anträge mit den Anträgen Tomann-Koritschoner auf der einen Seite und dem Antrag Frey auf der anderen Seite (Die Beratungen und Beschlussfassung über die nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit wurde einvernehmlich verschoben) zeigt, dass es sich schliesslich nur um kleine Differenzen gehandelt hat und dass die meisten Korrekturen über Initiative der Parteivorstandsmehrheit selbst vorgenommen wurde.

Wir legen in Abschrift die Protokolle aller jener Parteivorstandssitzungen bei, wo über die Anträge Tomann-Koritschoner und über die Anträge Frey beraten und beschlossen wurde. Und zwar: Protokoll Nr. 53 vom 2. Jänner, (Beilage 8), Nr. 54 vom 4. Jänner, (Beilage 9), Nr. 55 vom 5. Jänner, (Beilage 10), Nr. 56 vom 8. Jänner, (Beilage 11), samt Brief des Parteivorstandes an die kommunistische Fraktion der Graphischen Exekutive (Beilage 12).

Wir unterstreichen nochmals ausdrücklich, die zusammengefassten Anträge Tomann-Frey, die dann zum Beschluss des Parteivorstandes in Bezug auf die Frage der Regelung des Verhältnisses der kommunistischen Fraktion im Gewerkschaftsrat und dem Parteivorstand erhoben wurden, (siehe Beilage 7) wurden nach geringfügigen Änderungen

wovon die meisten Änderungen der Initiative der Parteivorstandsmehrheit entsprang<sup>n</sup>, vom gesamten Parteivorstand in jedem einzelnen Falle (Es wurde punktwise abgestimmt) beinahe einstimmig gefasst.

Wenn also der <sup>n</sup>Koninter-Brief Nr.100 vom 22.Jänner Fehler ausstellt, so sind sie ausgestellt der <sup>nicht</sup>Partei-mehrheit, sondern dem gesamten Parteivorstand, der Partei-vorstandsmehrheit und der Partei-vorstandsminderheit. Insbesondere gilt dies bei der Frage der Be-stätigung des Vorsitzenden, des Sekretärs, usw., sowie der Kandidaten usw. Was aber insbesondere die finanzielle Frage betrifft, so war der Zweck des Antrages, den Gen.Frey am 2.Jänner gerade in diesem Punkte stellte, eine aus eigenem Antrieb vorgenommene starke Korrektur der Beschlüsse vom 15.Dezember. Im Antrag Frey vom 2.Jänner (Beilage 6) heisst es in Bezug auf die Verwahrung, Verwaltung, Verwendung bei Gewerkschafts-geldern hat die kommunistische Fraktion im Gewerkschafterrat von der Partei aus vollkommen freie Hand. Und Gen.Frey hat dann selbst noch den Ergänzungsantrag gestellt, der dann auch zum Beschluss erhoben wurde, dass die Kontrolle der Kassagebehaltung nur erfolgt durch die Kontroll-organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Noscheinmal sei betont, dass jener Beschluss vom 15.Dezember über die Sammlungen über die Ge-werkschaftsgelder usw. durch den Antrag Frey vom 2.Jänner (Beilage 6) vollständig korrigiert wurde. Das Endergebnis ist dann in den zusammen-gefassten Anträgen Tomann-Koritschoner - Frey (Beilage 7) enthalten und zwar auf Grund einer Punkt für Punkt fast einstimmigen Annahme.

Auch in Bezug auf die Frage der Sammlungen hat der Antrag Frey vom 2.Jänner (Beilage 6) den Beschluss vom 15.Dez.korrigiert.Frey hat am 2.Jänner bei Vorlage des korrigierenden Antrages dem Partei-vorstand ausdrücklich erklärt: „Ich habe die Absätze über die Sammlungen in meinem Antrage so formuliert, um überhaupt zur Beratung eine Unterlag

zu bieten. Ich bin mir klar, dass die Lösung, die ich da vorschlage, nicht gut ist. Ich akzeptiere ohneweiters jede bessere." Und in der Tat haben sich dann die ganzen Parteivorstandsmitglieder einstimmig auf jene Auffassung über die Sammlungen geeinigt, die im Entschluss (siehe Beilage 7) enthalten ist.

Nachdem der zusammengefasste Antrag (Beilage 7) punktweise fast in allen Punkten einstimmig zum Beschluss erhoben worden war, war der Stand der Gewerkschaftsfrage folgender:

Übereinstimmung in allen Fragen. Wir hatten so ausführliche Anträge stellen müssen, um volle Klarheit darüber zu gewinnen, von welchen Tendenzen lassen sich die Genossen der Minderheit des Parteivorstandes leiten. Die Diskussion ergab dann, dass wir uns in fast allen Punkten einigen konnten. (Siehe Protokoll Nr. 57 vom 9. Jänner, Beilage 13.)

Differenzpunkte waren nurmehr zwei vorhanden:

- 1.) Wollen wir uns bei unserer Gewerkschaftsarbeit leiten lassen von der Losung Massenpartei oder von der Losung kommunistische Massenpartei ?
- 2.) Und vor allem: besteht zwischen der kommunistischen Spitzenfraktion und den ihr angehörigen Parteivorstandsmitgliedern einerseits und dem Parteivorstande andererseits das Verhältnis der Nebenordnung oder das Verhältnis der Unterstellung. Insbesondere auf die Frage der Aktionen bezogen: Gibt es in der kommunistischen Partei zwei Aktionszentren oder nur ein Aktionszentrum ?

Diese letzte Frage ist für uns bis heute nicht geklärt, und sie ist für uns prinzipiell solange ungeklärt, solange die Parteivorstandsminderheit die prinzipielle Frage nicht trennta von der Vertrauensfrage. Innerhalb der kommunistischen Partei darf es keinen Zen-

*in hier nicht alle klären: Als die Minderheit jene Resolution abgab, in der sie die  
sich mit der Vertrauensfrage verknüpfte, stand mir der erste Absatz Teil des  
in (Blg. 6.) zur Bestimmung, dass ist jene Antrag, in dem die Frage der Unterstellung  
oder gegenüber dem P.K. und die Folge der Unterordnung gegenüber dem P.K.  
wäre.*



Details können dann Sache desjenigen sein, dem der Parteivorstand diese illegale Ressort übertragen habe. Gen. Schlichter stimmte in allen Punkten dem Gen. Frey zu. Frey glaubte, dass nach dieser Auseinandersetzung die Differenz beseitigt sei. Er brachte daher kein Wort davon in den Parteivorstand.

2.) Gleich hernach ereignete sich nun Folgendes: Am Tage vor der Arbeitslosenaktion (10. Dezember) - wir rechneten damals mit vollem Ernst, es werde zu schwersten Zusammenstößen und zur Illegalität kommen hatte das Präsidium eine streng vertrauliche Sitzung, in welcher drei ausgesuchte Kommunisten als Ersatzparteivorstand für den Fall der Illegalität <sup>1/</sup>installiert wurden. Hierbei wurden sie im Auftrage des Präsidiums vom Gen. Frey mit ihren Pfluchten vertraut gemacht.

Eine Stunde nach der Präsidialsitzung kam ein Ersatzpartei-standsmitglied zum Gen. Frey und sagte ihm: „Soeben hat mir Koritschoner vertraulich den Auftrag gegeben, wenn der Chefredakteur der R.F. verhaftet werden sollte, so habe der Ersatzparteivorstand den Auftrag, den Gen. Schlesinger zum Chefredakteur der R.F. zu machen. Nebenbei: Gen. Schlesinger ist ein junger Student, der erst sehr kurze Zeit in unserer Bewegung steht und derzeit für eine kommunistische Zeitung im besten Falle als Volontair in Betracht käme. - War es schon merkwürdig, dass Koritschoner für einen solchen Posten einen so ganz unerfahrenen jungen Mann aussuchte, so war es direkt peinlich erkennen zu müssen, wie sich Koritschoner Dinge erlaubte, zu denen er als einzelne Person absolut kein Recht hat<sup>t</sup>. Die Vorsorge für den Chefredakteur, wenn sie ihm notwendig erschien, hätte er dem Präsidium anregen müssen, aber hinter dem Rücken des Präsidiums solche Aufträge zu geben, das darf nicht sein.

3.) Gleich darauf erfuhr Frey, dass Koritschoner trotz all dem den militärischen Kurs weiterführen lassen, ohne ein Wort dem P.V. zu berichten ohne die Zustimmung des P.V. einzuholen.

4.) Unmittelbar darauf erfuhren wir von einer ganzen Anzahl Kommunisten, dass Koritschiner innerhalb der Partei, im Parteistabe eine von der Parteiorganisation isolierte illegale Organisation (vorwiegend militärischen Charakter) organisierte, was im Widerspruch mit den Thesen des III. Kongresses über die illegale Arbeit, steht.

5.) Koritschiner hatte den Auftrag gegeben, dass alle Mitglieder dieser illegalen Organisation - es sind dies die aktivsten Genossen in der Partei - ihre Funktionen in den Lokalorganisationen niederlegen! In der Tat haben eine grosse Anzahl von Kommunisten in allen Wiener Organisationen ihre Funktionen in den Lokalausschüssen und Arbeitsgruppen niedergelegt. (Die Lokalobmänner befolgten die Aufträge Koritschiners, weil sie der Annahme waren, er handelte auf Grund einer Vollmacht des Parteivorstandes.) Dadurch hat Koritschiner das Gefüge der Parteiorganisation erschüttert.

6.) Und das alles hat Koritschiner gemacht, ohne die geringste Vollmacht hierzu vom Parteivorstand zu haben. Gewiss er war vom Parteivorstand mit dem illegalen Ressort betraut. Aber diese Betrauung war keine 100%ige Blankovollmacht, sondern die Sache war so beschlossen: die prinzipiellen Grundlinien der illegalen Arbeit werden jeweils im Parteivorstand, die weiteren Grundlinien werden vom Präsidium beschlossen, die konkrete Durchführung, die Auswahl der Personen usw. kommt das ist Sache des illegalen Ressortleiters.

So hat sich Koritschiner <sup>der damals noch nicht von d. P.V. Mehlert abgegrenzt war,</sup> als selbstständiges Zentrum innerhalb der Partei etabliert, unter vollkommener Ausschaltung des P.V. ~~der Parteivorstandes, der sich selbst organisieren und verhalten konnte.~~

~~Frey hat die gleiche Befugnisse erhalten, wie Koritschiner, diese Frage war es auch, die das Vertrauensverhältnis zwischen Frey und Koritschiner, nachdem wiederholte Aussprachen nichts genützt hatten, auf das schwerste erschüttert hat. und es ist selbstverständlich, dass~~

schliesslich die illegale Frage auf die Tagesordnung des Parteivorstandes gesetzt werden musste. Am 27. Dezember wurde Koritschoner vom Parteivorstand beauftragt, Thesen über die illegale Arbeit, wie er sie sich vorstelle, dem Parteivorstand vorzulegen. Er ist immer wieder abgewichen, schliesslich hat er nach mehr als einem Monat, am 1. Februar Thesen vorgelegt.

Es genügt eine einzige Stelle aus diesen Thesen zu nennen) <sup>(Annahme der Leiter des illeg. Ressorts mit</sup> ~~Einmal in drei Monaten soll nach dieser These der~~ Parteivorstand ~~und das Präsidium~~ <sup>zusammen</sup> ~~berechtig sein, einen Bericht von~~ <sup>zu erstellen</sup> ~~Leiter des illegalen Ressorts zu veranlassen.~~ Also eine faktische Ausschaltung des Parteivorstandes und des Präsidiums.

Diese Tatsachen zeigen, dass auch in der illegalen Frage grosse Meinungsverschiedenheiten bestehen, die dringend der Klärung bedürfen.

V. Die Sitzung der Reichsvertretung (Zentralausschusses)  
vom 15. Jänner.

Auf der Reichsvertretung kam der Parteikonflikt zur Sprache. Die Diskussion drehte sich ausschliesslich um die Gewerkschaftsfrage. Und hier vor allem um die Frage, ob es zweckmässig wäre, die Resolution des Parteivorstandes zum IV. Kongress (Beilage 4) zu veröffentlichen und um die Frage der Sammlungen. Die Reichsvertretung war auf die Dinge absolut unvorbereitet. Nach aussen hin war der Parteikonflikt noch gar nicht in Erscheinung getreten und wir von der Parteivorstandsmehrheit wollten die Sache nicht früher vor die Partei bringen, bevor nicht Klarheit geschaffen war, besteht Einigkeit, worin

worüber

bestehen Differenzen und welche Differenzen sind wichtig? Die Minderheit bracht die Dinge zur Sprache und es kam nach längerer Diskussion schliesslich zur Abstimmung über folgende von Tomann-Koritschoner am Schluss vorgelegte Resolution:

„ Die Reichsvertretung anerkennt die schwere und im wesentlichen systematische Arbeit der Gewerkschaftsorgane im Betriebs-, Industrie-, Landes- und Reichsmaassstabe. Die Arbeit des kommunistischen Gewerkschaftsrates (kommunistische Fraktion des Gewerkschaftsrates der oppositionellen Blocks) war getragen vom unerschütterlichen Bewusstsein der Einheit der proletarischen und ökonomischen Bewegung, der Unterordnung der Gewerkschaftsbewegung unter die Organe der Partei, Syndikalistische Personen, Tathandlungen oder Kundgebungen, ~~mit dem Gewerkschaftsrat~~ <sup>stehen</sup> mit dem Gewerkschaftsrat in keinem wie immer gearteten Zusammenhang. Der Gewerkschaftsrat der oppositionellen Blocks besteht aus bewussten Kommunisten.

Der Gewerkschaftsrat und die im angehörigen Parteivorstandsmitglieder haben nie gegen die Partei, aber gegen Missverständnisse und Unklarheiten mancher Mitglieder des Parteivorstandes sich gewendet. Er ist bestrebt ein inniges und zweckdienliches Zusammenarbeiten aller gewerkschaftlichen und organisatorischen Organen der Partei zu erzielen.“

Die Parteivorstandsmehrheit gab dazu folgende Erklärung:

„Dem ersten Absatz stimmen wir zu. Es gibt zwar halbsyndikalistische Gedanken, Auffassungen und Tendenzen bei der Minderheit, aber es gibt nicht ausgesprochen syndikalistische Personen, Tathandlungen oder Kundgebungen.

Im zweiten Absatz aber mögen die Antragsteller die „Missverständnisse“ und „Unklarheiten“ konkret nennen. In dieser allgemeinen



Die Reichsvertretung hat in der Tat die Dinge so bewertet, denn andernfalls hätte sie eine Umstellung im Parteivorstand <sup>norgenanmen</sup> ~~beschlossen~~ müssen. Sie hat das nicht getan und damit ausgedrückt, dass sie trotz jeder Abstimmung über die konkretisierten „Missverständnisse und Unklarheiten“ zur Linie der Parteivorstandsmehrheit vollkommene<sup>s</sup> Vertrauen beibehalten hat. Das muss umso schärfer betont werden, weil die Genossen Tomann und Koritschoner heute die Dinge <sup>darstellen</sup> so ~~erklären~~, als ob die Annahme von Krutschukresolutionen mit 13:12 Stimmen bedeutet hätte, die Misstrauenserklärung der Reichsvertretung gegen die Parteivorstandsmehrheit und die Missbilligung ihrer Linie.

#### VI. Die Diskussion in der R.F.

---

Bei diesem Stand der Dinge war die Diskussion der Probleme in der R.F. unvermeidlich. Die Versuche, durch mündliche Diskussionen unter den Führern, sei es offiziell, sei es privat, eine Klärung zu schaffen, waren gescheitert. Mehr als zwei Monate hatte Gen. Frey durch mündliche Diskussionen mit Koritschoner <sup>eine</sup>, oft in Anwesenheit des Gen. Albrecht - Klarheit schaffen wollen. Das ist misslungen. Nun liegen bereits die Diskussionsartikel der Gen. Frey, Tomann, Perl und Stern vor. Diese legen wir bei als Beilage 14. Die übrigen Diskussionsartikel werden wir nachsenden.

Schon das bisherige Ergebnis der Diskussion zeigt, dass die Differenzen weit grösser sind, als wir selbst angenommen haben.

1.) Frey entwickelt die Perspektive. Die Lage spitzt sich zu gewaltsamen Lösungen zu. Auch die österreichische Bourgeoisie wird objektiv durch den Gang der österreichischen Krise zu gewaltsamen Lösungen vorwärtsgetrieben. Zur Lösung durch den Fascismus, zur aktiven Teilnahme an imperialistischen Abenteuern.

Nein, sagt Tomann, die Gefahr des Faschismus ist ~~noch~~ nicht so gross. Nur nicht schwarz sehen. Dass die österreichische Bourgeoisie aktiv an einem Krieg teilnehmen könnte, das ~~ist~~ <sup>sei überhaupt</sup> undenkbar.

2.) Frey sagt: die Lage der Arbeitslosen ist so verzweifelt, wenn wir ihnen nicht rasch genug und ausgiebig Brot und Arbeit beschaffen dann besteht die Gefahr, dass viele von ihnen den Köder der Reaktion erliegen und mit den <sup>2</sup>zehntausenden verzweifelter Proletarier, die der Faschismus so gewinnen würde, würde er dann das Gesamtproletariat niederschlagen. <sup>können</sup> Darum Kampf für rascheste und ausgiebige Hilfe den Arbeitslosen.

Tomann meint, die Lage der Arbeitslosen sei nicht so arg, wie Gen. Frey sie schildere. Es gäbe keine Ausgestauerten, (In Wirklichkeit bekommen mehr als 20.000 Arbeitslose <sup>sich</sup> mehr als ~~1/10~~ einem Jahr nicht einen Heller ! Aber das ist nicht die Hauptsache. Auch wenn alle Arbeitslose die Arbeitslosenunterstützung bekommen, so ist ihre Lage doch so verzweifelt, dass die Gefahr besteht, es könnten grössere Teile von ihnen von den Faschisten gewonnen werden.)

3.) Frey sagt: um uns gegen die Faschisten wehren zu können, müssen wir die Lösung: Bewaffnung des Proletariats den Arbeitern in die Köpfe hämmern und müssen mit grösserer Beschleunigung die proletarische Ordnerwehr ausbauen (Ordnerorganisation), zu einer Massenorganisation aller waffenfähiger Proletarier. Alle waffenfähige Kommunisten müssen hinein, um die ~~Verwendung~~ <sup>Verwendung</sup> dieser Ordnerorganisation <sup>gegen</sup> nach Links zu verhindern und um zu ihrer Verwendung nach Rechts zu drängen (der notwendige Zusammenschluss der kommunistischen Ordner zu Fraktionen in der Ordnerorganisation wurde in der Zeitung nicht berührt, um das Sozialdemokratie nicht die erwünschte Möglichkeit zu geben, die Kommunisten hinausdrängen zu können. Umso schärfer wurde auf diese Notwendigkeit

der Fraktionsbildung durch ein vertrauliches Rundschreiben hingewiesen,)

Demgegenüber sagt Tomann: Die Massenordnerorganisation wird nach Rechts nichts tun. Wir müssen aus uns eine eigene kommunistische Ordnerorganisation ausbauen, das heisst politisch gesprochen will Tomann, wir sollen der Front der Bourgeoisie nicht die gesamte Proletarische Front, sondern nur die kommunistische Front entgegenstellen. Was das bei den jetzigen Kräfteverhältnissen bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden.

4. Frey hatte seinen Diskussionsartikel über die Probleme der Gewerkschaftsarbeit begonnen mit dem Satz: „In der gegenwärtigen Zeit ist die Arbeit in den Gewerkschaften das aussichtsreichste Mittel an die Massen heranzukommen.“

Einen solchen Satz niederzuschreiben, sagt Tomann, heisst, den Kommunisten die Arbeit in den Betrieben erschweren!

Wozu arbeiten wir Kommunisten überhaupt in den Gewerkschaften? fragt Tomann und Tomann antwortet: Mur für gewerkschaftliche Zwecke! Tomann formuliert seine Gedanken so unklar, dass der Kommunist der seinen Artikel liest, (R.F. vom 28.I. Nr.1130.) zu der Auffassung kommen muss, Tomann vertrete die Auffassung der trade unionisten.

Wir kämpfen für Lohn, Arbeitszeit usw. Die Kommunisten kämpfen, um die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, sie suchen die Proletarier in den Kampf um höheren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen einzuführen. Aber nicht nur um die Lebenslage der Arbeiter zu bessern, sondern vor allem, um den Arbeitern in diesem Kampf zu zeigen, dass sie sich mit blossen Lohnkämpfen aus den Fesseln der kapitalistischen Knechtschaft nicht befreien können und dass sie darüber hinaus kämpfen müssen, um die Eroberung der Macht.

Diesem für einen Kommunisten selbstverständlichem Gedankengang lehnt Tosann ab, zwar nicht ausdrücklich, aber doch in sehr konkludenter Weise.

Prüft man Tosanns Artikel zusammenfassend, so kommt man zu einem niederschmetternden, aber uns schon längst bekannten Ergebnis, dass Tosann überhaupt keine Linie hat, dass er kunterbunte Auffassungen nebeneinander hat, die einander widersprechen. Und zum Schlusse schreibt er dann in aller Seelenruhe den Satz nieder: er sehe überhaupt keine Differenzen, die ihn von Frey trennen! Ein <sup>er</sup> Genosse, der so unklare, geradezu chaotische Auffassungen hat, wie Tosann, an wirklichen Steuerzuder der Partei zu belassen, ist eine ernste Gefahr!

#### VII. Was will die Parteivorstandsmehrheit?

1. Zunächst einmal will die Parteivorstandsmehrheit Klarheit schaffen. Folgt die Initiative im Parteivorstand, daher die Diskussion.

Um Klarheit zu schaffen, will die Parteivorstandsmehrheit auf dem Parteitag durchsetzen, dass Stimmenenthaltungen, Entfernungen unmittelbar vor entscheidenden Abstimmungen und ähnlichen Methoden, wie sie bei uns üblich sind, um seine wahre <sup>politische</sup> ~~proletarische~~ Meinung zu verbergen, <sup>im</sup> ~~im~~ Parteivorstand und überall, wo Kommunisten untereinander durch Abstimmung <sup>entscheiden</sup> ~~sich~~ ~~sehen~~ ~~ben~~, grundsätzlich verboten werden sollen.

2. Die Parteivorstandsmehrheit will, dass die Exekutive und der Parteitag, entscheiden, welche Linie innerhalb der Partei ist die richtige, welcher Linie ist die Führung anzuvertrauen?

3. Die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse sind zu labil. So kann mit der klarsten Linie die Partei nicht geführt werden. Die Partei braucht eine feste Führung. Wir haben im Parteivorstand gegen-

wärtig 11 Mitglieder. (1 Stelle ist unbesetzt). Die Mehrheit ist gegenwärtig 6:5.

In der Reichsvertretung ist gegenwärtig das Verhältnis auch labil. Freilich nicht so labil, wie es nach der einen Abstimmung am 15. Jänner scheint.

Das sind labile Verhältnisse. Das Ideal wäre eine einheitliche Parteileitung und was ernste Opposition ist, in die Reichsvertretung, so wie es die Thesen des 3. Kongresses vorschrieben. Aber lässt sich das Ideal schon <sup>nicht</sup> verwirklichen, dann muss die Parteivorstandsmehrheit, was immer das sei, <sup>wenigstens</sup> eine grössere Zahl von Parteivorstandsmitgliedern, als es gegenwärtig der Fall ist, hinter sich haben und es muss von vornherein eine entsprechende Besetzung der Zentralinstanzen als Resultat des Parteitages angestrebt werden.

4.) Wir haben die feste Überzeugung, dass die Linie der Parteivorstandsmehrheit die richtige ist, die kommunistische. Wir haben die feste Überzeugung, dass wir die Linie der K.I. vertreten.

Genosse Tomann hat überhaupt keine Linie.

Welche Linie Koritschoner hat, wir wissen es nicht. Jedenfalls sind in seinen Auffassungen ausserordentlich grosse Widersprüche und noch grössere Widersprüche <sup>(s.)</sup> sind zu finden, wenn man seine Auffassungen mit seinem tatsächlichen Verhalten im Parteivorstand vergleicht.

In die Parteileitung muss grössere Klarheit, grössere Einheitlichkeit, grössere Festigkeit kommen, sonst kommen wir nicht vorwärts, werden vielleicht in die Breite wachsen, die Dinge aber bald aus den Händen verlieren.



Wien, 3. Februar 1923.  
Organisatorisches Rundschreiben Nr. 14

An alle Lokalorganisationen und Landesleitungen.

W.G.!

Von der Komintern ist an den Parteivorstand ein Brief der Exekutive eingelangt, in welchem die Exekutive der Komintern, auf Grund der vorläufigen Informationen die sie namentlich anführt, zu der Krise in der K.P.Oe. Stellung nimmt. Da die Exekutive nur über einen ganz kleinen Teil der Streitfragen informiert ist und wie sie selbst ausdrücklich bemerkt nur auf Grund dieser Informationen urteilt bedeutet dieser Brief eine Entscheidung nur in denjenigen Fragen, welche der Exekutive bisher vorgelegt wurden. Diese Entscheidung ist so ausgefallen, dass alle Mitglieder des Parteivorstandes ihr vollkommen zustimmen können und zustimmen. Das Wesentliche dieser Entscheidung ist eine Korrektur von Massregeln mit denen alle Mitglieder des Parteivorstandes einverstanden gewesen waren. Es ist als keine Entscheidung für die eine oder andere Seite, sondern eine Korrektur und Klarheit für beide Seiten.

Angesichts des Umstandes, dass auch eine solche Klarheit durch die Exekutive für alle anderen Streitfragen in der Partei notwendig ist, wurde vom Parteivorstand beschlossen, dass unverzüglich so wohl von der Mehrheit als auch von der Minderheit des Parteivorstandes ausführliche Berichte über alle Streitpunkte an die Exekutive einzusenden sind.

Bezeichnend dafür, dass die Exekutive selbst nicht der Meinung ist, eine vollständige Klärung herbeigeführt zu haben, ist nicht nur die vorsichtige Einleitung ihres Briefes, wo das angedeutet wird, sondern auch der Beschluss, auf der nächsten erweiterten Exekutivsitzung die Vertreter beider Seiten

anzuhören und daraufhin eine endgültige Entscheidung zu treffen. Angesichts dieses Tatbestandes ist es Parteipflicht, aller Lokalausschüsse und Landesleitungen, wenn irgendwo in der Diskussion dieser Brief der Exekutive bezweifelnder Brief der Profintern in der Debatte besprochen werden soll, darauf hin zu weisen, dass bis jetzt nur die Klärung der einzigen Fragen durch die Exekutive erfolgt ist und zwar in einer Weise, der beide Teile zustimmen, dass aber der aller grösste Teil der Streitfragen der Erledigung noch harret und eine diesbezügliche <sup>Entscheidung</sup> ~~Erledigung~~ der Exekutive in nicht zu langer Zeit zu erwarten ist.

Mit Parteigruss

Der Vorstand

Für die Richtigkeit der  
Ausfertigung  
Der Reichssekretär für Org.:  
Gruber Fritz m.p.



Zentralleitungsbefehl Nr. 1 der J.O.  
für den 2. Abschnitt, 4. Kreis.

Wien, am 31. Jänner 1923  
11 Uhr vormitte

3/23

1.) Behufs eventueller Besetzung der Zentrale der Kommunistischen Partei Österreichs, Alservstrasse 60, ist der 4. Kreis am Freitag, den 2./2. um 5.30 abends mobil zu sein und bei gegebenen Situationen zu besetzen (Laut Beilage:) Hierzu wird nachstehendes verfügt:

2.) Die Marschformationen zergliedern sich in Rottenzügen, 4 Mann pro Rote, 10 Schritt Abstand.

Der SaZ. hat durch seine verhältnismässige Stärke die Vorsicht des geteilten Marschierens anzuwenden (: Immer beide Gehsteige derselben Strasse benützen:). Beim Anmarschieren haben die heranzumarschierenden Formationen den Gürtel zu kreuzen und nur dem beschatteten Teil der Anlage des Gürtels zu beziehen (Mit Ausnahme A)

Kommt es zur Besetzung der Zentrale, dann gilt für alle hiefür verwendeten Genossen das drakonische Verbot des Verhandlungsführens mit dieser Aktion fernstehenden Genossen oder sonstigen dort anwesenden Personen. Die Genossen haben daher niemand Auskunft zu erteilen.

~~Der~~ Der Verbindungsdienst ist mit den von den einzelnen Kreis-Kommandanten festgesetzten Genossen auszuführen.

Abschnittsbefehl Nr. 2

Au des Kreis-Kommando Nr. 4.

3. Februar 1923, 11.30

Laut Beschluss des Parteivorstandes ist die J.O. von ihrer weiteren Tätigkeit suspendiert und sind die bis dato in Kraft gewesenen Mandate bis auf weiteres für ungültig erklärt. *Änderliche an den Kreis 4 erlassenen schriftlichen Befehle und Weisungen sind zwecks Liquidierung der J.O. dem Abpflichten-Kommando in Aufparung einzuführen.*

Endabfertigung:

Wien, 3. Februar 1923

11<sup>h</sup> 40 Vorm.

Zur  
abpflichten-Kommando  
Pety Ludwig

Pety Ludwig

a) SZ - A = 4.Kz  
Kmd. Trembl. sitzen  
befindet sich bei A

Aufmarschplatz, Anlage-Seite Gürtel  
Alserstrasse.

a 1) SZ Kmd Steiner  
Stellv. Otto  
Stadt: 1. Bes. Kmdo  
1 Stlv. 3 Unterabt.  
Mit offener Anzahl  
Genossen ohne Bewaffnung

5.15 Abmarsch vom Sammelplatz  
Stefanieplatz über Maria Arnitzgasse  
Rosensteing. Haslinger. Steinerg.  
Geblerg. Anlage - Seite Gürtel  
Alserstrasse.

ab/A Kmd Stellvert.,  
des Gen. Trembl.  
Stadt: 1 Kmd  
3 Unterabt. Kmd  
Offene Anzahl Genossen  
Ohne Bewaffnung

5.25 Abmarsch vom Sammelplatz über  
Florianigasse bis 50 m Distanz  
von der Alserstrasse.

Zusammen: 1 Kreis, 3 Bezirks Kmd.  
3 Unterabteilungen, Kmd.  
und offene Anzahl Ge-  
nossen ohne Bewaffnung.

3.) Trennungslinie des Befehl-  
bereiches die bezogene Situation.

4.) Der Stab des 2. Abschnittes  
bezieht gegenüber dem Eingang  
in der Zentrale der K.P.Ö.  
Stellung. Meldungen dorthin

Wien, 31. I. 1928, 10.45 vormittag

Für die Endabfertigung  
P e l z Ludwig

Für das Abschnittskommando:

P e l z Ludwig



17 Jan. 1845  
in der Kirche St. P. & A.  
Mittwoch

Erwählung eines neuen Vorstandes  
Mittwoch

Für den Abseher. Freund.

Wien 31. 12. 23 1845

P. L. L.

Für die Endabfertigung

P. L. L.

Einladung 2. a.

Abschnittsbefehl. Nr. 2.  
an das Kreis Kom. 4.

Komm. 3-2-23- 1130<sup>er</sup> vom.

Da mit Beschluß des Parteivorstandes ist die J. O. von  
ihren weiteren Tätigkeit suspendiert sind sind die bis dato die in Kraft  
gewesenen Mandate bis auf weiteres für ungültig erklärt. Dämmtliche  
an den Kreis 4 ergangenen schriftlichen Bescheide und Kreisungen sind  
zwecks Liquidierung der J. O. dem Abschnitts-Kom. in Instanz  
wegen eingehändigen.

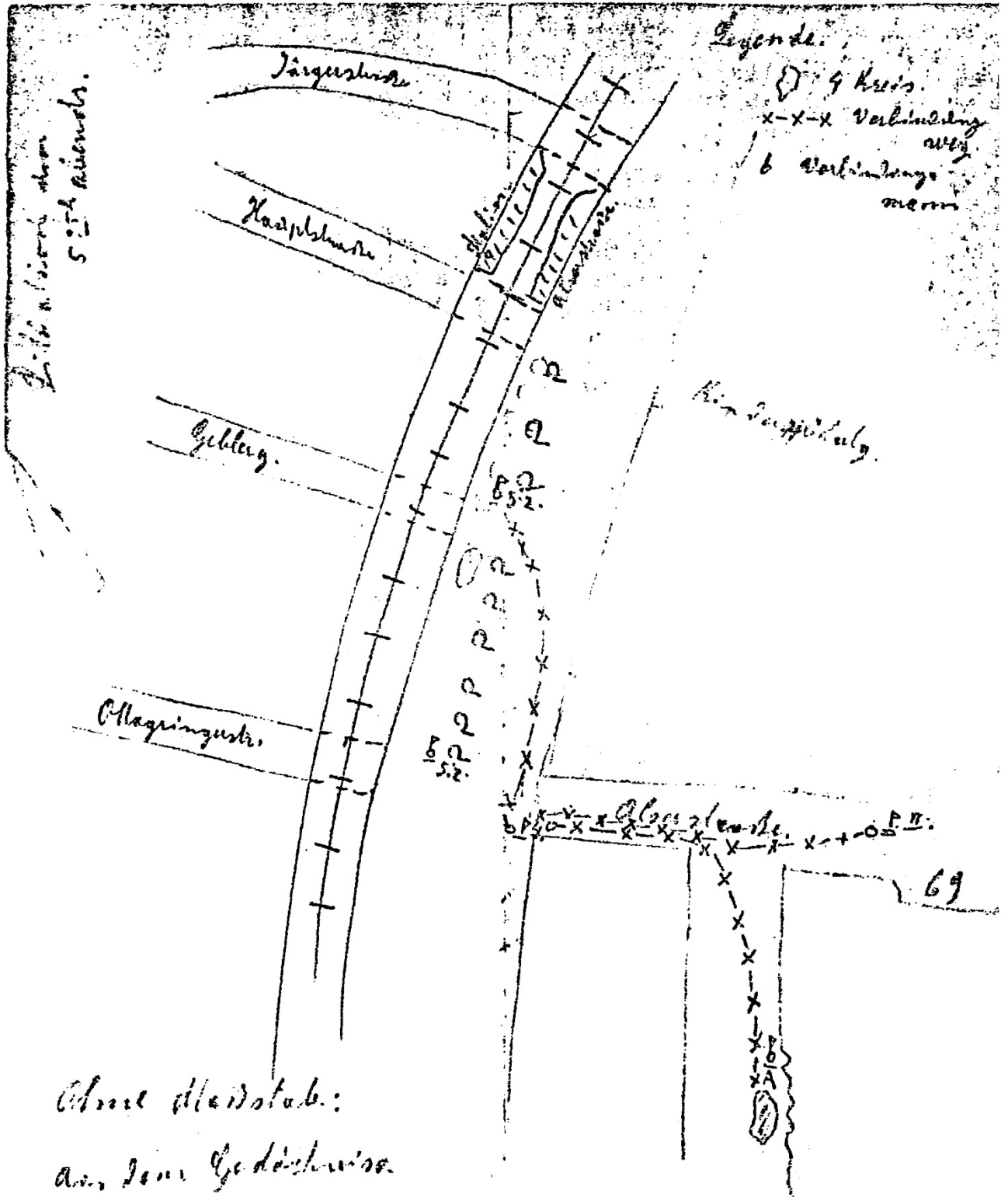
4. 2. 23. 1140<sup>er</sup> vom.

Komm. 3-2-23. 1140<sup>er</sup> vom.

Leh. G. G. G.

Ein Abschnitts Kom. 4.

Leh. G. G. G.



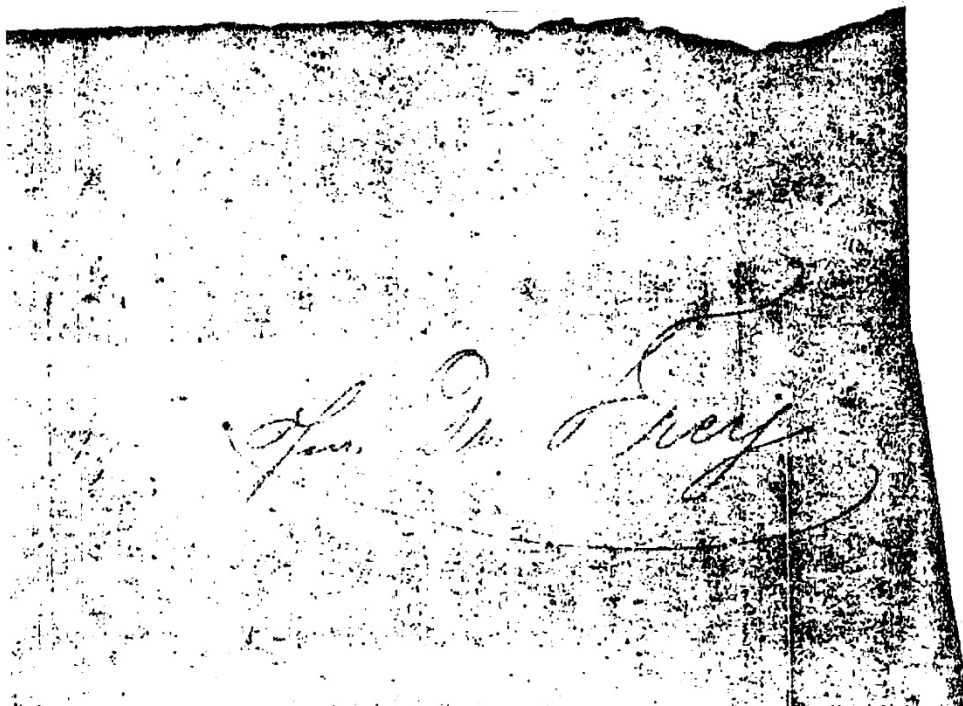
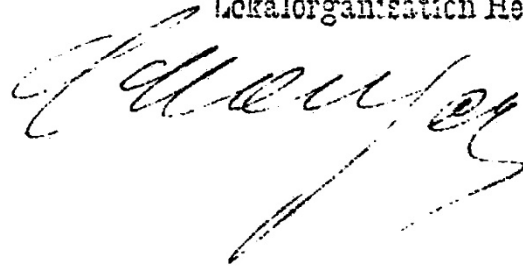
Abmel. (Lage)stab.  
aus dem Gedächtnisse

PARTEI intern zu behandeln.

Den Genossen von „HERNALS“ ist bekannt, daß von vielen Genossen, darunter auch exponierte, schwerwiegende Beschuldigungen gegen das Parteivorstandsmitglied FREY öffentlich und schriftlich erhoben wurden und drücken ihr Erstaunen darüber aus, daß FREY, dem dies nicht unbekannt ist, bisher kein Schiedsgericht gegen sich verlangt hat, beziehungsweise der Parteivorstand selbst hiezu nicht Stellung nahm.

Dies zur Kenntnisnahme der Lokalobmänner der Bezirke und den Parteivorstandsmitgliedern auf einstimmigen Beschluß der Bez. Vertrauensmänner-Konferenz „HERNALS“ vom 8. Feber 1923.

Kommunistische Partei Österreichs  
Lokalorganisation Hernalds.



14. 2. 22

Organisations- und Parteiverordnungen  
An alle Orts- und Kreisleitungen  
Bitte beachten

**Ergebnisse**

In der am 14. Februar abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, dass die Parteimitglieder sich an der Diskussion nicht zu beteiligen haben, stattdessen mit der folgenden einstimmig gefassten Beschlüssen:

G. J. ...  
1923

Der Parteivorstand erklärt, dass eine prinzipielle Diskussion aller für den Parteitag wichtigen Punkte selbstverständlich zu begründen und zu führen ist, dass aber jedes Parteimitglied die Pflicht hat, die größtmögliche Sorgfalt darauf zu achten, dass die Diskussionen nicht den Feinden der Partei in die Hände fallen gegen die Partei in die Hand gibt.

Die Beschlüsse werden in der Parteivorstandssitzung vom 14. Februar 1923 angenommen. Es waren alle Parteivorstandsmitglieder des Gau Riga anwesend, siehe Protokoll der P. V. Sitzung.

Die Beschlüsse des Parteivorstandes sind nicht allen Parteimitgliedern zur Kenntnis gebracht.

Mit Parteigruss  
Der Reichssekretär für Organisation

G r u b e r Fritz D.P.

Wien, 15.II.1923.

Kopie

An den Parteivorstand der K.P.Oe.

Wien.

Werte Genossen,

Aus der Zeitung entnehme ich, dass trotz meiner Besprechung mit dem Genossen Koritschoner, in der ich ihn aufmerksam machte, dass eine Wiener Konferenz nicht am Platze ist, bevor die Exekutive der Komintern, an welche beide Seiten sich gewendet haben, nicht entschieden hat, doch für Sonntag, den 18.II. einberufen ist.

Ich ersuche Euch daher auf diesem Wege, diese Wiener Konferenz zu verschieben, weil ich Anfangs dieser Woche ein Telegramm an die Exekutive der Komintern abgesandt habe, und hoffe, dass im Laufe der nächsten Woche ein mit allen Vollmachten ausgestatteter Vertreter der Exekutive der Komintern hier in Wien eintreffen wird, um die Entscheidung zu fällen.

Meines Erachtens wäre es schädlich, wenn durch ein vorzeitiges Abhalten der Wiener Konferenz der Entscheidung der Exekutive der Komintern beziehungsweise ihres befollmächtigten Vertreters, präjudiziert würde.

Mit kommunistischem Grusse  
der Vertrauensmann der Exekutive  
der Komintern:

A. Albrecht

Linz, den 16.II.1923.

An den Parteivorstand der K.P.Oe. in Wien.

Werte Genossen !

Der Lokalausschuss von Linz befasste sich in seiner am 15.II.1923 tagenden Sitzung mit den Vorgängen in der Partei und fasste nach eingehendster Debatte beiliegende in der "Roten Fahne" zu veröffentliche Resolution.

Wir ersuchen um sofortige Einrückung.

Wir sind uns unseres Beschlusses und Resolution voll bewusst und ersuchen, diesen unglaublichen Verleumdungen und Verdächtigungen energisch entgegenzutreten. Gen. Deubler soll berichten ?

Im Auftrage  
Wernbacher Karl

Für den Lokalausschuss

Pschierer.

Linz, 16. Februar 1923.

#### R E S O L U T I O N

=====

Die Austragung der Gegensätze innerhalb der Partei nimmt Formen an, die zur schwersten Gefahr für unsere Organisation werden.

Wir fordern vom Parteivorstande unverzüglichste Beschlussfassung dahingehend, dass sämtliche interessierten Genossen verpflichtet werden, in der "Roten Fahne" sachliche Diskussionsartikel der Parteioffentlichkeit zu unterbreiten, um dadurch die absolut notwendige prinzipielle und theoretische Klärung und Durcharbeitung aller brennenden Fragen zu ermöglichen.

Wir betonen nochmals, dass die Diskussion streng sachlich geführt werden muss.

*+ nicht*  
Mit aller Entschiedenheit aber protestieren wir dagegen, dass voellig unkommunistische Beschlussfassen, eine öffentliche Diskussion zu führen, gleichzeitig aber verbreiten führende Mitglieder solcher Organisationen in der Provinz die unglaublichsten Verleumdungen und Verdächtigungen über den Gen. Frey und andere.

So hat Gen. Polzer (Ottakring) in Linz gegen Gen. Frey die niedersten Anschuldigungen erhoben, von denen wir auf das bestimmteste wissen, dass sie der Wahrheit in keiner Weise entsprechen, in ihrer Gänze nicht anders sind, als niederste Verleumdungen.

Gegen solche Auswüchse eines "Kampfes"weise müssen wir mit aller Entschiedenheit wenden, beantragen die sofortige Einleitung, des statutarische Verfahren gegen Gen. Polzer.

Für den Lokalausschuss Linz

Der Schriftführer:  
Wernbacher Karl.

Der Obmann:  
Richard Pschierer.

Organisatorisches Rundschreiben  
Nr. 16

Wien, 27. II. 1923.

An alle Landesleitungen und Lokalorganisationen,  
Werte Genossen:

Der Vertrauensmann der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Wien hat an den Parteivorstand folgendes Schreiben gerichtet.

Wien, 15. II. 1923.

An den Parteivorstand der K.P.O. Wien.

Werte Genossen:

Aus der Zeitung entnehme ich, dass trotz meiner Besprechung mit dem Gen. Koritschoner, in der ich ihn aufmerksam machte, dass eine Wiener Konferenz nicht am Platze ist, bevor die Exekutive der Komintern, an welche beide Seiten sich gewandt haben, nicht entschieden hat, doch für Sonntag, den 18. II. einberufen ist.

Ich ersuche mich daher auf diesem Wege diese Wiener Konferenz zu verschieben, weil ich anfangs dieser Woche ein Telegramm an die Exekutive der Komintern abgefasst habe, und hoffe dass in Laufe der nächsten Woche ein Parteivorstand aus abgeordneter Vertreter der Exekutive der Komintern hier in Wien eintrifft und die Entscheidung zu dieser Wiener Konferenz, welche es sich um eine Wiener einseitige Aktion der Wiener Konferenz der Entscheidung der Exekutive der Komintern, bzw. ihres bevollmächtigten Vertreters, präjudiziert (vorgegriffen) würde.

Mit kommunistischen Grüßen  
Der Vertrauensmann d. Exekutive  
der Komintern

Zu diesem Briefe des Vertrauensmannes der Exekutive der Komintern gab die Parteivorstandsminderheit folgende Erklärung zu Protokoll:

Die Minorität des Parteivorstandes protestiert gegen eine Vertagung der Wiener Konferenz durch den Parteivorstand. Formell hat und kann diese Konferenz keine Entscheidungen fällen, faktisch aber ist sie als das berufene Forum der Partei öffentlichkeit, die Gegensätze, welche in der Partei bestehen sachlich auszutragen.

Die Minorität im Parteivorstand wird daher für die Abhaltung der Wiener Konferenz stimmen, da keine gegenwärtige Komintern Entscheidung vorliegt.

Da in der Gewerkschaftsfrage eine Entscheidung von der Komintern und Profintern vorliegt, andere sachliche Differenzen nicht bestehen, ausser es werden solche konstruiert, ist keine Vertagung erforderlich. Durch die Vertagung wird nur eine Steigerung der Erregung, eine Verschärfung der Krise eintreten, was wir für die sofortige Abhaltung der Konferenz vermeiden wollten.

durch

Die Majorität des Parteivorstandes erklärt zu dem Protest der Minorität:

Die Majorität des P.V. hat sich ebenso wie die Minorität für die Einberufung der Wiener Konferenz eingesetzt. Ein Mitglied der Majorität war es, das einen früheren Termin dieser Wiener Konferenz als die Landesleitung wollte, beantragt hat, welchen Antrag sich der Parteivorstand einstimmig angeschlossen hat. Die Mehrheit des P.V. lehnt nicht, sondern wünscht eine Wiener Konferenz.

Durch das Ersuchen des internationalen Vertrauensmannes der die Verachlung der Wiener Konferenz bis zum Eintreffen eines mit allen Vollmachten ausgerüsteten Delegierten der Komintern für notwendig hält, ist die Sachlage geklärt.

Die Majorität hält das Ersuchen des Vertrauensmannes der Exekutive der Internationale für sachlich durchaus gerechtfertigt. Die Wiener Konferenz wird einerseits viel richtiger und besser urteilen können, wenn sie den Standpunkt der Komintern mit der Internationale bereits kennt und andererseits darf der Parteivorstand die von Vertrauensmann der Exekutive festgestellte Tatsache nicht übersehen, dass der Aufbruch der Exekutive nicht vorgegriffen wurde, nach Eintreffen des bevollmächtigten Vertreters wird die bereits angekündigte Wiener Konferenz im Einklang mit demselben Interesse abgehalten.

Die Mehrheit stellt fest: Dass die von der Exekutive deutlich als vorläufig gekennzeichnete Angelegenheit der politischen Existenz nur einen Teil der Aufmerksamkeit zieht, dass aber noch eine Reihe anderer schwerwichtiger politischer Aufgaben, die organisatorischer und selbst gewerkschaftlicher Natur sind, zu lösen sind.

Die Mehrheit sieht es als selbstverständliche Pflicht jedes Parteimitgliedes an, diesen unvermeidlichen Beschluss zur Verachlung der Wiener Konferenz nicht zum Anlass einer Steigerung der Erregung in der Mitgliedschaft zu machen, sondern im Gegenteil ihr mit allen Mitteln entgegen zu wirken.

Für die Richtigkeit der  
Zufernige  
Der Sekretär der K.Organisation

Mit kommunistischem Gruss  
Der Parteivorstand

GEORGE ER Witts n.p.





der Befreiung, dadurch eine öffentliche Kritik, die von der Sit-  
 zung, insbesondere Gensolen in dem Betreff die damit zusammen-  
 hängend beantwortet, auch eine ähnliche prinzipielle Missbil-  
 dung zu vermeiden. Obwohl der Gewerke nicht befugt ist, sondern  
 nur einen Vorschlag, mit Gen. Proj. in Betreff der Besetzung der  
 Besetzung verlegt, die es schon früher verabschiedet hatte, um  
 Gen. Fossan von seiner Stellung zu verdrängen. Dies ging hier aus  
 den Beschlüssen, die im Verlauf hervor, die wohl geeignet waren,  
 Gen. Fossan Schillingen zu lassen, in denen er sich verstritten  
 konnte, eine erfolgreiche Arbeit vorzunehmen, die er nicht  
 tun konnte, weil wir nicht in der Lage, die Besetzung selbst vor-  
 legen und begünstigen und mit der Unterstützung des Unfalls der Kom-  
 munistischen Internationalen. Die Hindernisse des Parteivorstandes  
 und die Tatsache für eine ähnliche Konvention und die folgende  
 Erklärung zu Protokoll:

ERKLÄRUNG

Die Mitglieder des P.V., wie folgt gemeinsam:  
 Funktionäre der internationalen Kampagnenkommission  
 und des Gewerke arbeiten ein, erklären, dass die  
 die Unterzeichnung der Gewerke Konventionen und die Unter-  
 zeichner der Konventionen, die in der Gen. Proj. eine  
 Selbstverwaltunglich erhalten, immer in diesem Sinne  
 gearbeitet haben und immer in diesem Sinne weiter  
 arbeiten werden. Die Arbeit der Konventionen in der  
 Gewerke ist mit dem Gewerke der Parteivorstand  
 und bestehen die Konventionen kein Hindernis, sondern  
 den Konventionen. Aber die ein Teil des Gewerke der Konventionen  
 nicht die Gewerke bildet, dass die vorliegenden Konventionen des Gen. Proj. in  
 einer für die Partei Konventionen diese Konventionen wer-  
 den, so erklären wir es nicht gegen den Konventionen  
 stimmen zu sollen, und über die Beschlüsse zu handeln.

Die Erklärung, die Gen. Fossan in Bezug auf die  
 Tatsache, dass ein eigenes I.R.F. zur Konvention  
 arbeiten und andere Intellektuelle vorgesehen ist,  
 und waren seine Bemerkungen die Konventionen Vor-  
 wurf, dass Gen. Fossan, diese Konventionen  
 sich nicht gewerke Konventionen annehmen, sondern sie  
 nicht verpflichtet waren.

Unterzeichnet:

Paul Bonin,  
 J. Lévesque,  
 P. Fortin.

Die aus obiger Erklärung hervorgeht, welche die Konventionen  
 internationalen Konventionen Konventionen und die Konventionen  
 nicht gegen die Konventionen nicht einverstanden, die Konventionen  
 Konventionen Konventionen Konventionen, als wenn sie sich von der

durch Stimmenthaltung von der Verantwortung gedrückt, oder überhaupt nicht ihre Stellungnahme dargelegt hatte.

Gegenüber der Ankündigung des Gen. Frey, die Gewerkschaftsfrage in der Öffentlichkeit aufzuregen, legte die Minderheit sofort, wie bei allen diesen Gelegenheiten, den schärfsten Protest ein. Gen. Koritschoner berichtete, aufgefordert, als Privatperson an führende Genossen der Kommunistischen Internationale. Nach wochenlanger Diskussion über die Gewerkschaftsfrage, während der die Minderheit ununterbrochen gegen die mechanische Auffassung des Gen. Frey in der Gewerkschaftsfrage aufgetreten ist, wurden zwar einige der größten Schwärzer aus dem Entwurf beseitigt, doch blieb die Erklärung der Minorität weiterhin beseitigt, da auch auf Grund des zusammengefügten Entwurfes es in der praktischen Arbeit für unsere Genossen in den Betrieben unmöglich gewesen wäre zu arbeiten.

Was die Beauptung über die „einseitige Information“ betrifft, ist festzustellen, dass das gesamte bei Ausbruch der Krise vorhandene Material durch einen Anwalt in die hiesigen internationalen Genossen angefordert und hinübergeschickt wurde. Die Reichsvertretung fasste mit Stimmmehrheit eine Resolution gegen die sachunverständige Einmischung in die Gewerkschaftsarbeit von Seiten der Mehrheit des Parteivorstandes, das heißt, der Genossen Frey, Friedländer, Stern, Gruber, Schlamm und Richter. Nach 24 stündiger Debatte über die Gewerkschaftsfrage, womit die Tagung der Reichsvertretung fast zur Gänze ausgefüllt wurde, kam folgende Entscheidung zustande; die Reichsvertretung nahm die folgende Resolution einstimmig an:

„Die Reichsvertretung anerkennt die schwere und im wesentlichen systematische Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit in Betriebs-, Industrie-, Land- und Reichsmaßstäbe. Die Arbeit des kommunistischen Gewerkschaftsrates (Komm. Fraktion des Gewerkschaftsrates der Oppositionsblocks) war getragen vom unerschütterlichen Bewusstsein der Einheit der politischen und ökonomischen Bewegung, der Unterordnung der Gewerkschaftsarbeit unter die Organe der Partei. Syndikalistische Personen, Putschpläne oder Künstageungen stehen mit dem Gewerkschaftsrate in keinem wie immer gearteten Zusammenhange. Der Gewerkschaftsrat der Oppositionsblocks besteht aus bewährten Kommunisten.“

Mit Stimmmehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Gewerkschaftsrat und die ihm angehörigen Partivorstandsmitglieder haben nie gegen die Partei, aber öfters gegen Missverständnisse und Unklarheiten sich gemeldet, bestrebt, ein inniges und zweckdienliches Zusammenarbeiten aller gewerkschaftlichen und politischen Organe herbeizuführen.“

Vor der Abstimmung erklärte Gen. Frey namens seiner Gruppe dass die Mehrheit des P.V. diesen Antrag als Unanimmvotum annehmen müsse. Trotzdem erfolgte die Annahme. Die Reichsvertretung hatte also der derzeitigen Mehrheit des P.V. ihr Misstrauen ausgesprochen. Trotz der Beschlüsse der Reichsvertretung begann

Gen. Frey, der auf die Disziplin aller anderen Genossen sehr bedacht ist, in der Öffentlichkeit wie vor der Reichsvertretung mit seinen noch unverständigen Ansichten hervortreten um so die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und die Existenz der Blocks auf das schwerste zu gefährden.

Gegen die Warnung der Minderheit begann Frey seinen öffentlichen Angriff unter dem Schein der Sachlichkeit, was bedünten spaltenlange Artikel über die Sachlichkeit der Kommunisten bei Abstimmungen, was bedeuten die Theorien über das Flankentöpsertum anderer, als versteckte Angriffe gegen einzelne Personen Genossen der Mehrheit der Reichsvertretung (auch im Schimpfwort ist kein Mangel. Populärstischmacher, vorgeschobener Wutender Stier, Einzelheiten weiter unten. Diese Artikelserie bedeutet die öffentliche Proklamierung der Parteikrise, es sei festgestellt, dass während der ganzen Periode seit dem letzten Parteitag prinzipielle Differenzen nicht vorhanden waren. Die einzige taktische Differenz war der Austritt aus dem Arbeiterrat. Gegen den Austritt stimmten damals Strömer, Koritschner, Stern. Man ersieht daraus, dass die damaligen Meinungsverschiedenheiten nichts mit der späteren Krise zu tun haben. Wenn die Genossen Frey und Stern nun mit ihrer klaren Linie operieren, ist dies eine Irrführung. Die Genossen Komann, Koritschner, Kiess, Strömer und Kratner stehen bedingungslos auf der Linie der Kom. Internationale, haben an der weit die letzten Jahre grossen Anteil gehabt und die Linie der Partei mitbestimmen, unklar bestimmt. Gen. Frey geht es freilich darum, für die von ihm bekämpften Genossen eine neue Linie und zwar eine falsche zu konstruieren. So versucht er seinen persönlichen Bestrebungen den Schein der Sachlichkeit zu geben. Gen. Frey spricht nur von Klarheit, seine Artikel enthalten aber ungeheuer raffinierte und versteckte Verächtigungen. Einige Beispiele:

a) Wirfen sich Mitglieder des Parteivorstandes bei Abstimmungen entgegen?

Den wahren Sachverhalt haben wir bereits auf Seite 2, in angelegter Erklärung, geschildert.

Zur Frage der Abstimmung selbst, könne gegen eine Stimmpflicht nichts eingewendet werden, nur darf man die Frage keineswegs wie Frey, mechanisch auffassen. Nicht darauf kommt es an, wie einer redet, schreibt oder stimmt, sondern darauf, wie einer handelt. Das kann nur in der Aktion, nicht aber bei der Abstimmung wirklich erkannt werden.

b) Darf sich ein Führer vor einer entscheidenden Abstimmung entfernen?

Nein! Darf nicht! Wieder ein Beispiel von der Sachlichkeit der Frey-Artikel. Es gibt keinen Menschen, der die von

Frey der Kinderzeit des P.V. angedientete aufhebung, hatte Frey will den Anruck ersehen, als wenn Mitglieder der inner mit sich auf diesen Standpunkt stellen werden.

Der Sachverhalt ist folgender: Unmittelbar vor der Conferenzen beantragte pöbellich Frey statt der Demonstration eine Versammlung in geschlossenen Räum.Gen. Strasser beantragte die Veranstaltung in Konventionen oder in den Hofausläden zu veranstalten, um dann auf dem Ring Demonstrationen zu können. Am nächsten Tag trat ein Teil der P.V. Mitglieder zu einer kurzen Beratung zusammen. Frey wie erholte seine Befürchtung einer Frankfurterprovokation und eines Polizeieinfalles und sprach sich mit die Verlesung von Frey aus. Gleichzeitig legte er einen Antrag an die Mitglieder vor, in welchem er die Lösung der Demonstration und die Verlegung zum Frey in solcher Weise beantragte, dass der öffentliche Ausdruck der Demonstration P.V. Mitglieder laut wurde. Statt einer Demonstration - Versammlung in geschlossenen Räum. Dies war unzulässig. Gen. Strasser meinte, man soll mit der Verlegung warten, bis die Polizei des Verbot ausgesprochen habe. Gen. Strasser und Karlstädter protestierten dagegen, auf Polizeiarbeit zu spekulieren und erklärten sich, in die beiden Säle im Zentrum nur einmal nicht erhalten werden für die Verlegung zuzulassen, (weit draussen von Zivilisten entfernt) bevor man gar nichts mache. Beide Genossen Tomann und Karlstädter, traten sich für den Antrag, die Verlesung habe Frey angenommen, ausgesprochen, also klar Stellung genommen und gaben dann beide in Verhandlungen gehen. Am nächsten Tag kam Gen. Tomann in die Partei und erfuhr von Gen. Frey, dass man sich geeinigt hätte, bei der Polizei vorzugehen. Erst erklärte Gen. Frey dem Polizeirat Tandler, er habe erfahren, dass die Frankfurter unsere Demonstration zu stören beabsichtigen. Der Polizeioffizier bemerkte, davon nichts zu wissen, vor dem er sagt dass er den Vereitern der Frankfurterprovokation, lassen lassen werde, das die Polizei eine Sitzung der Demonstration (!) nicht zulassen werde. Auf die Frage Frey's, welche Stellung die Polizei im Bezug auf die Demonstration (in der Nähe des Parlaments darf nach einem neuen Paragraphen bestimmt ist, nicht demonstriert werden) einnahm, erklärte Tandler, dass man bei dieser Klippe schon hinweg kommen werde. Da von Gen. Frey die Zusage gegeben wurde, die Demonstration 6 Uhr mit der Demonstration fertig zu sein, erklärte Tandler, dass das Parlament eintrifft die 6 Uhr seine Sitzung verschoben werde. Damit waren zum erstenmal die Demonstrationen tatsächlich einer Demonstration selbst zur Polizei gegangen. Früher hatte sie es nur auf direkte Aufforderungen und Vorlesungen. Das wurde zum erstenmal, welches zur Polizei gegangen wurde, sind erst auf wiederholte Aufforderungen eine Polizeipresidium. Dies sind die Tatsachen, die spielen zur Theorie von der Aufhebung bei Demonstrationen gehen.

c) Die Demonstration

Der Parteivorstand hatte die Demonstrationen Demonstrationen für eine Woche später verschoben, als die Demonstration stattfand. Schon am 1. erklärte Gen. Karlstädter in der P.V. Sitzung, dass es vorwiegend nicht möglich sein werde, die Demonstration in so lange eine Demonstration anzustellen, da die Sitzung unter den Demonstrationen sein sollte. Die Demonstrationen sollten, so sein- te es, vor dieser Demonstration Zeit in Aktion zu treten. Gen. Tomann meinte, dass es nicht möglich von unserer Willen ab- hänge, wenn die Demonstration stattfinden sollte. Gen. Frey sprach gegen

diese Beschlüsse rufen keine Meinungen, ja er stimmte ihnen sogar zu. Die komm. Fraktion des Arbeitslosenkomitees trat mit großer Kraft für den Beschluss des P.V. ein. Das Arbeitslosenkomitee wollte aber darauf nicht eingehen, bei der Abstimmung entschied sich die Solidarität des Arbeitslosenkomitees mit den Stimmen einiger Kommunisten für die sofortige Aktion. Der Vertreter des Arbeitslosenkomitees kam Donnerstag nachts mit einem unvollständigen Manuskript in die Sitzung des Gewerkschaftsrates und verlangte dessen aktive Unterstützung. Da der P.V. erst Freitag zusammenzutreten sollte, da Gen. Frey die Sitzung am Donnerstag versetzt hatte, vom Gewerkschaftsrat, dem ohnehin vier Mitglieder des P.V. angehörten, davon zwei Mitglieder des Präsidiums und die Aktion vom P.V. gebilligt war, beschloss der Gewerkschaftsrat sofort den Aufruf den Arbeitslosen zu veröffentlichen, und die Solidarität des Gewerkschaftsrates beizubringen. In Zürich war nicht möglich, da Samstag und Sonntag in den meisten Betrieben nicht gearbeitet wird, und durch die Nichtveröffentlichung am Freitag die Kampfarbeiter nicht mehr hatten erreicht werden können, der Aufruf musste also Freitag früh erscheinen, und am Donnerstag vor Schluss des Stilles in Druck gehen. Und die Kommunisten lassen die Verantwortung getragen, hätte der Gewerkschaftsrat und seine dem P.V. angehörenden Mitglieder anders gehandelt, wären die Arbeitslosen auf eigene Faust demonstriert worden, Zusammenstöße wären infolge der furchtbaren Erregung, in der sich damals die Arbeitslosen befanden, unvermeidlich gewesen und die K.P. hätte zwar nicht in politischer, wohl aber in Bewusstseins der Masse die Verantwortung getragen und dadurch den Einfluss auf die Arbeitslosen verloren. Die Parteivorstandsmitglieder, welche die Initiative antrugen, waren sich dieser bewusst, dass eine Entschlüsselung in diesem Sinne ausfallen könne und dass das Gelingen einer proletarischen Aktion wichtiger sei, als die formale Frage. Die Mitglieder werden es darüber zu urteilen haben.

Auch in der ersten Flankenstörungsaktion gilt es entgegenzutreten, dem Gen. Frey besondere Beachtung beizumessen. In einer Sitzung der vereinigten Branchen aktiven der Oppositionsblocks, einberufen, um die Solidaritätsaktion der Betriebsarbeiter zugunsten der Arbeitslosen im Sinne der P.V. vorzubereiten, hielt Gen. Volz, als Vorsitzender des Arbeitslosen K. des Referat ungebräuchlich gebrauchte die Worte: „Wir haben uns mit den aus ersten Mitteln zu handeln, mit der Dem. striktion“. Da dem Referat mit Recht diese „Bedruckweise“ unrichtig erschien schrieb er in seinem Versammlungsbericht die Worte: „Mit allen und den aus ersten Worten .....“ Dieser Bericht in einem Versammlungsbericht wird es dem Leser der gesamten Rede durch uns klar machen, dass diese keine Aufforderung zum Handeln bedeutet, sondern die Bezeichnung der kurz- und mittelfristigen Aufgabe der Arbeitslosen. Gen. Frey überging diese Worte aus der Überzeugung, dass er die Flankenstörer den oben festgestellten Vorurteilen sollten. So sehen seine konstruierten „prinzipiellen“ Differenzen und seine Argumente aus.

d) Die kluge Linie und die unklare Haltung

Die Behauptung Freys, dass im Jahre 1921 (zur Zeit da Frey in die Partei kam) die Zahlung von Beiträgen eine seltene Erscheinung war,

ist nicht richtig. Es wurden z.B. im Dezember 1931..... 10.527 Beiträge bezahlt und im Dezember 1932 ... 8.432 Beiträge, - offenbar hat Frey die Mitglieder verschont.

Solche unwareren Behauptungen, die sich durch Zahlen widerlegen lassen, sind bei Gen. Frey durchaus keine Ausnahme. So wirft er dem Gen. Keritschoner vor, der ohne alle eine sehr klare und zum Unterschied von anderen, bolschewistische Linie hatte, dass ihn die klare Linie ranghe, während Frey und Stern, sich damals durchaus im Stande der kommunistischer Unschuld befanden. Dennoch behaupten diese beiden, dass er ein Stillunpolitiker sei, der tausend mit zehntausend und zehntausend mit hunderttausend verwechselt. Es scheint ein Personenirrtum vorzuliegen. Gen. Frey glaubte die Mehrheit seines "Revolutionären Sozialdemokraten" der K.O.I. zuzuführen, wenn nicht die Masse der Linken, Arbeiterräte. Aber weder die einen noch die anderen sind gewesen. Sie blieben in der Sozialdemokratischen Union. Das folgende Gen. Keritschoner hat Gen. Frey über die K.O.I. das loszusprechen. Der "Vorwurf" gegen Gen. Keritschoner, dass er nur "Revolutionsschlingler" auszusprechen, dass er ferner ein Popularitätshascher sei, dass er bei der Arbeitlosen Demonstration, die es ganz leicht beim Parlament zu einem Zusammenstoß kommen konnte, sich an die Spitze des Zuges stellte, richtet sich selbst, wenn man bemerkt, dass Gen. Frey nach seiner eigenen Aussage beim Maria Theresien Denkmal aus, die Demonstration der Arbeitlosen beobachtete. Gen. Keritschoner, der anfragt, wie viel andere Genossen, an die Sachlichkeit der Ziele Freys geglaubt hatte und ihn tatkräftig unterstützte, später als er über Freys Taktik durchnah, sich eckhaft gegen ihn wandte, wurde als "verfälschter Stier" den man vorreicht", beschuldigt zu werden versucht.

Das niedrige Niveau dieser Beschuldigungen erbringt eine eingehende Besprechung.

Die Briefe der Kommunistischen International und des

Vollzugsrates der roten Gewerkschaftsinternational.

Vor zwei Wochen traf ein Brief des Exekutivkomitees der Komintern ein, wie ein Brief der K.O.I. Um allen vom Gen. Frey ausgesprochenen Nachrichten entgegenzutreten, sei festgestellt, dass wie schon einmal erwähnt, dem S.E. alle Anträge Frey sowie die des Gewerkschaftsrates vorliegen und die Stellungnahme nicht auf Grund einseitiger Information, sondern außer durch einen erwachten Brief des Gen. Keritschoner an einen ihm bekannten Genossen, durch ihren Inhalt in den seitlichen Internationalen Genossen noch erfolgte. Warum sich Gen. Frey eiligste die Briefe der Komintern und Profintern den Mitgliedern bekanntzugeben, warum weitere in einem Zirkular des Organisationsbundes unterzeichnet mit Fritz Gruber, unrichtige Nachrichten verbreitet wurden, wird klar werden, wenn unbedingt in der Sache in Betracht zieht. Im Briefe des S.E. der K.O.I. heißt es: "auf der Grund der vorliegenden Dokumente kann man nicht konstatieren, dass es sich um irgend welche prinzipielle Meinungsverschiedenheiten handelt. Auch die Mitglieder des S.V. die Gen. Keritschoner, diese, erklären ausdrücklich, dass sie die Unterordnung der gewerkschaftlichen Arbeit unter die Direktive der K.O.I. und ihrer Organe - was Gen. Frey bestritt - für eine

Selbstverständlichkeit halten. Sie sprechen nur ihren Zweifel aus, ob nicht die vom Gen. Frey beantragten Änderungen in der Mehrheit des gegenwertigen P.V. - in einer für die Partei abträglichen Weise - gehandhabt werden. Die Entz. des Gen. Frey enthalten in der Tat so weitgehende detaillierte Regelung der gewerkschaftlichen Arbeit, dass man Grund hat, dem P.V. von einer allzukleinlichen Kontrolle und Einmischung in die Arbeit der gewerkschaftlichen Komm. Fraktionen und Blocks abzuraten." Dann wird im Briefe das Verhältnis der Fraktionen und Blocks behandelt, dass in gewissen Punkten noch weitgehender formuliert ist, als die diesbezüglichen Entz. des Gewerkschaftsrates. Am Schluss heisst es dann:

Zuletzt muss man daran erinnert werden, dass besonders die jetzige ernste Situation alle Österr. Genossen zu völliger Verteidigung persönlicher Interessen auffordert, wenn es wahr wäre, dass Gen. Frey gedroht hätte, in Beziehungen der Komm. Fraktionen zu den rev. Blocks öffentlich zu intervenieren, was uns doch gänzlich ungläubhaft erscheint. So ausgesagt werden, dass es etwas absolut unzulänglich ist, und die Komm. Arbeit nur schädigen könnte."

In dem Brief der Profintern wird zunächst mitgeteilt, dass über diese Frage in den ein. gemeinsamen Sitzung mit dem R.K. der Komintern stattfand und der bereits erwähnte Brief der Internationale dort angeknüpft. Dann heisst es dort weiter: „Wir von Volksgenossen der R.G.I. wollen dazu folgendes bemerken: Die Grundursachen unserer Differenzen scheinen mehr in persönlichen Gegensätzen und vor allem in dem Fehlen des gegenseitigen Vertrauens der leitenden Genossen zu liegen. Denn wir können in dem Bericht keine prinzipiellen Gegensätze erblicken, sondern nur vorübergehende Auffassungen über die praktische Durchführung der von den Profintern und Komintern kongress festgelegten Richtlinien für die rev. Gewerkschaftsarbeit. Insofern zu derartige Reibereien ist über unsere ganze praktische Arbeit in den Gewerkschaften aufgebracht geschadet und sie führen in ihrer Folge zu einer Verschärfung der Blocks führen. Das muss unter allen Umständen vermieden werden. Deshalb raten wir beiden Teilen dringend, die Personenfrage in dem Hintergrund zu stellen und nicht über jede Kleinigkeit eitel lange Diskussionen und Verordnungen zu schreiben. Die rev. Gewerkschaftsarbeit in Form von Oppositionsblocks, in denen auch sozialdemokratische Elemente aufgenommen werden, ist unbedingt notwendig. Ist das aber so, dann darf die praktische Arbeit dieser Blocks unter keinen Umständen durch allzu strenge Vorschriften über ihre Tätigkeit unmöglich gemacht werden. Die Blocks müssen eine gewisse eigene Bewegungsfreiheit suchen; haben, wenn sie lebenstüchtig sein sollen. Selbstverständlich unterstützen alle Komunisten in den Blocks der K. u. und sind für alle ihre Handlungen dieser gegenüber verantwortlich. Aber als Grundentscheidend dieser Arbeit muss gelten: Nachmüssen vollständige Unabhängigkeit der Blocks von der P. strengste Trennung der Kassengeschäfte zwischen K. u. und den Blocks und damit auch formelle Unterordnung der Fraktionenmitglieder von den Blockmitgliedern.“

Im Schlussatz heisst es dann: „Das ist so einfach und selbstverständlich, warum dazu so viele Diskussionen und Verordnungen nötig sind. Die Situation in Mitteleuropa ist so ernst und die Lage in den Gewerkschaften ist für uns so günstig,

dass es geradezu sinnlos wäre, wenn auch eine offene Parteikrise in Österreich nicht nur in Wien blühe, sondern auch in Deutschland. Technisch wäse und Frankreich die Arbeit geübt würde. Wir machen auch und alle Genossen mit dem grössten Ernst auf ihre schwere Verantwortung gegenüber dem gesamten revolutionären Proletariat aller Länder aufmerksam; und glauben, dass schon allein diese Hinweis genügt, alle Genossen zu veranlassen, aufzutreten und in konkreter Weise mitzuarbeiten.

Dieselbe Ansicht haben die Genossen der Minorität in der Vertreten, damit aber ein konkreter Widerspruch und die aktive Kritik der Genossen hervorgerufen.

Stellungnahme Freys und Genossen dazu hinsichtlich des

Briefes.

Sofort nach Eingang dieses Briefes sprach Gen. Frey eine Besprechung am 20.02.02 an, stellte mit demselben Sinne den Gegenstand fest, was er bis zur Ankunft der Briefe vertreten hatte. Die sich ergebenden prinzipiellen Differenzen verschwanden sofort, dafür über wurde die Zielsetzung bestätigt. Gen. Frey betonte das Wesentliche internationaler Beziehungen. Zuerst mit der Motivierung, dass er falsch unterrichtet war, und als die eine unzureichende Erklärung war, mit der einfachen Erklärung, dass er eine Vertretung der Gen. Frey und Stern so wie der anderen Majoritätsteilnehmer des P.V. nicht besitzt, ist bis zum nur noch der einzige Gen. Johann, mit seinem Gewissenhaftigkeitswert übrig. Ihn zu beschuldigen war durch die Stellungnahme der Kommunisten und Proletariat nicht so einfach. Gen. Frey aber hat nicht in Verlegenheit. Er stellte sich so, als ob nie etwas gewesen wäre, fest, dass er in der Gewerkschaftsbewegung keine Differenzen beständen, dafür aber seien durch die Briefe Johann wieder schwere prinzipielle Differenzen aufgetaucht, die unbedingt ausgeräumt werden müssen. So sucht Frey eine Differenz nach der anderen zu verschleiern.

Die Kritik Perl und Stern.

Der Gen. Perl, der statt in seinen Briefen einen Kritikpunkt geltend zu machen gegen Gen. Johann die Spuren verfolgen sollte, lässt stattdessen erkennen, dessen Inhalt kein Zweifel ist, dass es sich um Informationen hier handelt. Der Brief, wohl als Antwort von seit Jahren in der letzten Jahre erschienen, polemisiert über Frey und Stern, behauptet die Frey, spricht von Gen. Johann, und so weiter. Hier ist nicht die Persönlichkeit eines Soldaten, er nie gewesen sein kann. Zitiert zu ist ein Gen. C. Louches, ein einseitig polemischer. (Jeder sieht nun, dass es Gen. Johann war, und nicht die Frey, sondern mit dem nun enthaltenen Antikommunismus, Schluss gilt von der Antikommunisten.)

Gen. Perl meint dann wieder Gen. Perl, nachdem er früher festgestellt hat, dass die Antikommunisten sich die Aufgabe, zu der Johann sagte: "Ich werde mich nicht vorwärts wagen, wenn die Partei dafür sorgen würde, dass Gen. Johann nicht an Stellen gestellt, denen er in keiner Weise genügt ist."

Die Artikel Stern setzten die Frey'sche Taktik konsequent fort, und deckten aber diesmal der geänderten Situation entsprechend, in der Frage der Einheitsfront die tiefen prinzipiellen Gegensätze. Die Artikel Maschen eine gefährliche Sachlichkeit vor und beweisen nichts, als dass S & S ...4 ist.

### Schlussbemerkung:

So ist die Sachlichkeit der Frey'schen Artikel enthüllt. Mit allen Mitteln suchte er die Minderheit des Vorstandes zur Diskussion zu zwingen, um entweder neue Gegensätze zu konstruieren, oder die Behauptung aufzustellen, dass seine Gegner der Debatte ausweichen. Als Formans erster Artikel erschien, erklärte Gen. Matzinger, der Frey's jeweilige Meinung zum Ausdruck zu bringen pflegt: „Wer is scho einplumpst“. Diese Worte erhellen den Sinn der Frey'schen Polemik. Seine Artikel sind Fallen- und Fangnetze um die Genossen, die ihm nicht zu Willen sind, je nach Bedarf als Halb-reformisten, Putschisten oder andere Plankastüsse zu kennzeichnen. Frey Perle Artikel drückt aus was Frey gewollt: Die Hetze gegen die ihm unangenehme sachliche Arbeit. Die jetzt hereingebrochene Krise hat Frey von Grund aus gewandelt. Er schlopft nun nicht über Popularitäts-hanocherei, sondern läuft eifrig in die Ortsgruppen und bejagt seine ersten freiwilligen Provinzfahrten, die er früher öfters abgelehnt hatte. Eine Krankheit des Gen. Frey verdient besondere Erwähnung. Dass er vor wichtigen Aktionen sich in der Regel zu kräftigen sucht. Er hätte es schon in der Sozialdemokratie diese Eigenschaft, welche damals allerdings dem Wunsch entsprang, bei gegenrevolutionären Aktionen nicht dabei zu sein. Der Landaufenthalt des Gen. Frey hat die Krise beschleunigt, indem man in Respektierung seines Erholungsbedürfnisses seinen Aufenthalt nicht stören wollte.

### Enthaltung bei Abstimmungen.

Die Frage der Enthaltung bei Abstimmungen ist restlos geklärt. Bei der Genfer Aktion haben beide besagten Genossen ihre Meinung kundgetan, bei der Gewerkschaftsfrage haben sie sich enthalten, nachdem sie vorher ihre Linie präzisiert hatten. Nachdem sich die Reichsvertretungsbereits ihre Meinung über die Auffassung des Gen. Frey nach eingehender 2 tagigen gebildet hat, hat nun auch die Komintern und Profintern ihren Standpunkt präzisiert. Vergebens sucht die derzeitige Mehrheit durch Rundschreiben des Orgbüros den Standpunkt der Komintern und Profintern teils zu verheimlichen, teils zu entstellen.

### S C H L U S S

Der gegenwärtige P.V. übt seine Regierung mit einer Stimm-Majorität, die den Jugendvertreter aus, welcher keineswegs die Mehrheit der Jugendgruppen vertritt. Die Gegensätze, welche keine prinzipiellen sind, wohl aber durch unrichtige taktische Auffassungen des Gen. Frey vertrieft werden, sind in ihrem Wurzeln persönlicher Natur. Wer noch einen Beweis bedürfte, der halte sich vor Augen, dass die „sachliche“ Majorität des P.V. bis heute trotz statutarischer Verpflichtung ihre Anträge und Thesen nur Lage und aus den Aufgaben der Partei nicht vorgelagt hat, aus Furcht, dass die einstimmige Annahme der Thesen die Legende von den prinzipiellen Gegensätzen zerstören könnte.

das An Dich aber, Genosse, appellieren wir nicht den Mut zu verlieren, trotz der unerquicklichen D batten weiterzuarbeiten und dafür zu sorgen, / die Partei ~~wider~~ wieder zu sachlicher Arbeit gelangt. An den Mitgliedern liegt es, rasch und gründlich die Krise zu überwinden.

Mit kommunistischen Gruss !

- - - - -

Dieses Zirkular wurde in einem Kuvert übersendet, dessen vordere Seite lautet: Wohlgeboren Herrn Maresch, Baden bei Wien, Habsburgergasse 6. Der Poststempel zeigt das Datum vom 19.II.1923. Die Rückseite des Kuverts zeichnet als Absender : Karl Tomann, Wien, VII. Siebensterngasse 42, 3/16. Das Original des Kuverts befindet sich in unserer Hand.

.....-8 .....

## An das österreichische Proletariat !

Arbeiter, Arbeiterinnen ! Angestellte ! Beamte !

Mit leeren Händen kehrt Eisipel von Prag, Berlin, Verona zurück. Die Pfaffenregierung ist fertig. Sie kann ihr Programm, die kapitalistische Republik auf Kosten des Proletariats zu sanieren, nicht fortsetzen. Jeden Augenblick droht die Empörung der notleidenden verzweifellenden Massen in offenen Kampf umzuschlagen. Die kapitalistische Privatwirtschaft aber braucht Ruhe, nochmals Ruhe, Ruhe zur ungestörten Ausbeutung.

In diesem Augenblick streckt die Sozialdemokratie die Hand hin der Bourgeoisie zum Bündnis. Sie bietet sich an, mit der Bourgeoisie eine Regierung zu bilden, die das leisten soll, was die Pfaffenregierung nicht mehr zu leisten vermag: Die Sanierung der kapitalistischen Republik auf Kosten des Proletariats fortzusetzen und dennoch das Proletariat in Ruhe zu halten, den ungestörten Gang der Ausbeutewirtschaft zu sichern. Das ist der Sinn des sozialdemokratischen Koalitionsangebotes, das ist der Sinn des sozialdemokratischen Manifestes.

Die Sozialdemokratie will den Bourgeois Staat auf Kosten des Proletariats sanieren: Sie fordert die Stilllegung der Banknotenpresse um jeden Preis. Sie fordert die Anpassung der Steuern und Tarife an die jeweilige Veränderung des Geldwertes. Sie fordert also die äußerste Anspannung der Massensteuerschraube, unter deren Druck die Proletarier heute schon verrecken.

Für die Bourgeoisie aber hat die Sozialdemokratie beruhigende Worte. Sie lehnt wirtschaftliche Gewaltmassnahmen ab, sie lehnt damit ab die Pfassung der Sachwerte durch Gratisaktien und Grätishypotheken, sie lehnt damit ab auf die Valuten und Wertpapiere, die Gold- und Silberschätze der Reichen, sie lehnt damit ab auf die Kirchenschätze zu greifen. Sie tritt die Forderungen der Floridsdorfer, ihre eigenen Forderungen, sie tritt die Forderungen des Bauerschen Finanzplanes mit Füßen. Und nichts vom Index. Und nichts vom Abbau der Preise:

Das sind die Bedingungen, unter denen sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, mit der Bourgeoisie eine Koalitionsregierung zu bilden. Die Diktatur des Proletariats sei der Bürgerkrieg, sei der Zusammenbruch. Neuwahlen aber erfordern Zeit. Die Gefahr des Augenblick heischt jedoch gebieterisch sofortiges Handeln. Es sei kein anderer Weg offen als der Weg der Koalition. Ist das wahr? Gewiss, die Diktatur des Proletariats ist unter den gegenwärtigen aussenpolitischen Verhältnissen unmöglich. Aber die Koalition mit dem Klassengegner, das ist Klassenverrat, ist tausendfacher Verrat, wie die Erfahrungen von 1918 - 1920 unwiderleglich bewiesen haben, dass das Proletariat durch ein Bündnis mit der Bourgeoisie niemals gewinnen, sondern nur verlieren kann.

Die Diktatur des Proletariats - derzeit unmöglich. Die Koalition Verrat. Was soll geschehen? Die Pfaffenregierung muss weg. Sie muss abgelöst werden durch eine Arbeiterregierung. Der Nationalrat muss aufgelöst werden. Neuwahlen mit der Lösung: Arbeiterregierung - das ist der Weg, der aufwärts führt.

Zur sofortigen Erleichterung der Lage des Proletariats aber muss

u n v e r z ü g l i c h

der Allgemeine Betriebsrätekongress zusammentreten und die Anpassung der Löhne an die Preise um das Mass der wirklichen Teuerung sowie die Herabsetzung der Preise der entscheidenden Lebensmittel auf Kosten der Reichen erzwingen.

Der Betriebsrätekongress muss eine Exekutive wählen, die den einheitlichen Kampf des Gesamtproletariats um die sofortige Erleichterung seiner Lage organisiert. Diese Exekutive muss so lange in Permanenz bleiben, bis die Arbeiterregierung die Regierungsgeschäfte übernimmt.

Der Betriebsrätekongress muss die Organisation der Betriebsräte im lokalen und im Reichsstabe für jeden Wirtschaftszweig und für die gesamte Wirtschaft beschliessen. Die

Exekutive muss diese Organisierung schnell durchführen. In kürzester Zeit muss die Betriebsräteorganisation dastehen, damit die Arbeiterregierung vom ersten Augenblick an einen mächtigen Rückhalt habe.

**Arbeiter, Arbeiterinnen! Angestellte! Beamte!**

Nicht durch ein Bündnis mit Euren ärgsten Feinden, den Ausbeutern, Wucherern, Schiebern, nicht durch ein Bündnis mit Euren Blutsaugern könnt Ihr Eure Lage bessern, könnt Ihr Euch aus diesem Elend kapitalistischen Elend herausarbeiten. Schluss mit der heiligen, Schluss mit der offenen Koalitionspolitik, Schluss mit der Koalitionspolitik für immer! Bahn frei der Arbeiterpolitik! Nicht Einheitsfront mit der Bourgeoisie, sondern gegen die Bourgeoisie die einheitliche Kampffront des Proletariats! Verzweifelt Eure Kräfte, wackelt Eure Knie und gehorcht! Aus allen Betrieben, aus allen Häusern, aus den Millionen der arbeitenden Massen heraus muss unwiderstehlich der Ruf:

**Sofortiger Betriebsrätekongress!**

**Auflösung des Nationalrates!**

**Neuwahlen unter der Losung: Arbeiterregierung!**

Der Parteivorstand der K.P.Oe.  
Sektion der 3. Internationale.